

Bezugspreis:

Einzelheft 60.- M. monatlich 20.- M. ...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonntabend, den 11. März 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Nach der Ablehnung Nordamerikas.

Mailand, 10. März. (EV.) Nach Erkundigungen des ...

London, 10. März. (WIB.) Ueber die Nichtteilnahme ...

England und Genua.

Das Fernbleiben der Vereinigten Staaten von der Genua-Konferenz ...

Die Konferenz der Finanzminister.

Paris, 10. März. (EV.) Nach dem „Intransigent“ ist es in fünf der zu beratenden Fragen zu einer Einigung gekommen.

Die Vorschläge, die nach dem Saarabkommen Deutschland für die Kohlenlieferungen gewährt worden sind, sollen Frankreich angerechnet werden.

Frankreich, Italien und Belgien sollen beschließen haben, sich an dem internationalen Konjunktium zum Wiederaufbau des europäischen Wirtschaftslebens zu beteiligen.

Der „Temps“ erklärt zu obiger Meldung, daß die französische Regierung, da nunmehr die Gefahr vorliegt, daß die zehntägigen Zahlungen Deutschlands aufhören könnten, zwei Ergebnisse zu erlangen wünsche.

Die dänische Aussperrung.

Kopenhagen, 10. März. (WIB.) Der dänische Arbeiterverband hat den neuen Vermittlungsvorschlag zur Beilegung der Aussperrung abgelehnt.

Hilferuf gegen Moskau.

Die in Berlin erscheinende russische sozialrevolutionäre Zeitung „Golos Rossii“ veröffentlicht einen Aufruf der ausländischen Delegation der Partei an die sozialistischen Parteien aller Länder.

Kein Freigeleit für Kapp.

Leipzig, 10. März. (TU.) Der Untersuchungsrichter beim Reichsgericht hat in Übereinstimmung mit dem Oberreichsanwalt abgelehnt, auf die Bedingung Kapps, ihm für seine Selbstgestaltung freies Geleit und Verhöhnung von der Untersuchungshaft zuzusichern, einzugehen.

In seinem Schreiben an die „Dresdener Nachrichten“ hat Kapp sein Angebot mit dem Eintreten für seinen verurteilten Freund v. Jagow motiviert.

USP. gegen Hermes.

Die Reichstagsfraktion der USP. hat folgendes Schreiben an den Reichskanzler gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Der Vorstand der Reichstagsfraktion der USP. hat sich mit den gegen den Reichsernährungsminister Dr. Hermes in der Presse erhobenen Vorwürfen beschäftigt.

1. Daß Herr Dr. Hermes im April 1920 187 Flaschen edle Weine im Gesamtwert von 8430 M. bezogen und dafür am 23. Juli 1920 600 M. gezahlt hat.

2. Daß Herr Dr. Hermes in einer Ressortbesprechung am 18. Dezember 1920 eine besondere Zuweisung von Zucker an den Bingerverband für Mosel, Saar und Ruwer angeordnet hat.

3. Daß Herr Minister Hermes im Februar 1921 erneut Weine ähnlicher Qualität — diesmal 110 Flaschen — zum Preise von 3 M. vom Bingerverband für Mosel, Saar und Ruwer bezogen hat.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion der USP. unterbreitet diese Tatsachen dem Herrn Reichskanzler und erwartet eine baldige Stellungnahme der Reichsregierung.

Berlin, 10. März. (WIB.) Unflich. In der Presse ist die Behauptung aufgestellt worden, daß seitens des Reichsministers Dr. Hermes dem Bingerverband für Mosel, Saar und Ruwer besondere Zuwendungen an Zucker als Gegenleistung für private Dienste gemacht worden seien.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion der USP. unterbreitet diese Tatsachen dem Herrn Reichskanzler und erwartet eine baldige Stellungnahme der Reichsregierung.

Berlin, 10. März. (WIB.) Unflich. In der Presse ist die Behauptung aufgestellt worden, daß seitens des Reichsministers Dr. Hermes dem Bingerverband für Mosel, Saar und Ruwer besondere Zuwendungen an Zucker als Gegenleistung für private Dienste gemacht worden seien.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Kompositorenzeile kostet 12.- M. „kleine Anzeigen“ ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, ...

Amnestie!

Der ehemalige Reichsjustizminister Dr. Rudolf Heintze, Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei, hat im „8-Uhr-Abendblatt“ einen Artikel veröffentlicht, der sich lebhaft gegen den vom jetzigen Reichsjustizminister, Genossen Rabbruch, angekündigten Plan einer allgemeinen Amnestie für politische Vergehen wendet.

Der Irrtum des Herrn Dr. Heintze besteht darin, daß er den Märzstand von 1921 grundsätzlich qualitativ anders wertet als die vorausgegangenen Unruhen und Wirren.

Wir haben seit der Staatsumwälzung zweimal Amnestien von hervorragender Bedeutung gehabt. Zunächst die Gruppe von Amnestien, die mit dem Erlass der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 einsetzte, dann das Amnestiegesetz vom 4. August 1920.

Sind die Unterscheidungen, die Herr Dr. Heintze hier macht, historisch und politisch irgendwie gerechtfertigt? Jeder, der die Dinge von höherer Warte sieht, wird diese Frage verneinen.

Dem deutschen Volk kann das Ehrenzeugnis ausgestellt werden, daß es in seinen überwiegenden Teilen sich einer gefährlichen Versuchung hat entziehen können, anders als z. B. das russische Volk, das unter geringeren Umständen beunruhigt war.

Gewiß kann über den Märzstand von 1921 gesagt werden, daß er räumlich begrenzter, in seinen Wirkungen gehemmt war als die Erschütterung vom Jahre zuvor.

März 1921 die letzte war, wie wir ja selbst auf der extremsten Linken kaum noch einen Menschen finden, der ernsthaft an Möglichkeit und Erfolg einer neuen blühigen Erhebung glaubt. Hat doch selbst Radek, der intellektuelle Urheber des Märzputsches von 1921, den Kommunisten sechs Monate später zur Koalitionspolitik geraten.

Will man aber durchaus Klassifizierungen vornehmen, so gehört das Rapp-Unternehmen bestimmt auf die gleiche Stufe mit dem Märzputsch von 1921, durchaus aber nicht auf eine Stufe mit dem 9. November 1918. Damals, im November 1918, hatten wir eine elementare Bewegung, die das ganze Volk mit sich, der niemand Widerstand zu leisten wagte, am wenigsten die Stützen des alten Systems, denen jüngst selbst der deutschnationale „Tag“ bescheinigt hat, daß sie heute zwar sich für die Monarchie „in Stücke hauen“ lassen wollen, damals aber die günstige Gelegenheit gründlich verpaßten. Die Bewegung vom November 1918 war weder organisiert, noch vorbereitet, ein ganzes Volk jagte in aufstodender Empörung ein System davon, von dem es jahrelang über seine wahre Lage betrogen und in die ungeheuerste Katastrophe hineingerissen worden war.

Rapp-Putsch und kommunistischer Märzputsch bagegen können beide als Musterbeispiele der planmäßig organisierten Berührung gelten, die in einem kleinen Zirkel ausgeheckt wurden. Darüber haben der Tagow-Prozess einerseits, die Zetkin-Dokumente andererseits vollendete Klarheit geschaffen. Der Unterschied besteht nur darin, daß bei dem einen Unternehmen die treibenden Kräfte auf der äußersten Rechten, bei dem anderen auf der äußersten Linken saßen. Aber gerade für die rechtliche Beurteilung sollte das keinerlei Rolle spielen.

Und ebenso hinfällig ist der Einwand, daß 1920 die Justiz mit dem Unternehmen nicht fertig geworden sei, 1921 dagegen wohl. Auch 1920 haben die Gerichte in wenigen Monaten — vor Erlaß der Amnestie — hunderte von Arbeitern ins Gefängnis gebracht, die sich gegen den Rapp-Putsch zur Wehr gesetzt hatten. Wenn freilich in der gleichen Zeit gegen keinen einzigen Rappisten auch nur ein Eröffnungsbeschluß ergangen war, so lag das nicht an der objektiven Möglichkeit, diese Arbeit zu bewältigen, sondern es war die Folge einer stillen Sabotage der Rechtspflege durch reaktionäre Elemente des Richterstandes.

Herr Dr. Heinze stellt den an sich richtigen Satz auf, daß geschichtlichen Bewegungen nicht mit dem Strafrecht beizukommen ist. Aber dann muß er auch die Konsequenz daraus ziehen. Der von Herrn Rapp und den paar Abenteurern um ihn, den Schnitzler, Trebitsch-Lincoln usw. in den Räumen der Viktoriastraße ausgeheckten Putsch, der Marsch der mißvergünstigten Brigade Ehrhardt auf Berlin, all das kann als „geschichtliches Ereignis“ nur ebensoviel oder ebensowenig bewertet werden wie das, was die kommunistische Zentrale ausgeheckt und in Mitteldeutschland zur Explosion gebracht hat. Gerade die innere Ähnlichkeit der Entstehung beider Unternehmungen macht ihre ungleiche rechtliche Behandlung zur Ungerechtigkeit. Was man auch den mißleiteten Arbeitern des mitteldeutschen Aufstandes vorwerfen mag, das eine ist jedenfalls kein Vorwurf, daß sie sich von Eberlein und nicht von Trebitsch-Lincoln haben verführen lassen. Deshalb hat Genosse Radbruch dreimal Recht, wenn er gerade aus der Amnestie für die Rapp-Verbrecher die Notwendigkeit ableitet, auch den Verurteilten von Mitteldeutschland dieselbe Behandlung zuteil werden zu lassen. Herr Dr. Heinze verurteilt in seinem Artikel den Aufstand vom März 1921 als ein „verbrecherisches Unternehmen, begangen gegen einen Staat, der langsam aus tödlicher Krankheit erwachte“. Das trifft Wort für Wort auch auf das Rapp-Unternehmen zu. Das eine entscheidende, das andere hat verurteilt, das heißt nicht das Rechtsgefühl stärken, sondern das Rechtsbewußtsein untergraben. Denn nichts schädigt das Rechtsempfinden eines Volkes stärker als wie ungleiche Behandlung der gleichen Tat.

Die „Freiheit“ als rasender Ajax.

Wüste Ausschreitungen der Polemik.

Das Steuerkompromiß ist sicherlich nicht so gut, daß man nicht auch sachliche Einwände dagegen erheben könnte. Lieft man aber die „Freiheit“ von gestern abend, so gewinnt man den Eindruck, als handele es sich um ein vollkommenes Werk, gegen das es keine Bedenken überhaupt nicht erhoben werden könnten, so daß ihm nur durch eine Ueberanstrengung des eigenen Erfindergeistes beizukommen wäre. In schreienden Lettern verkündet die „Freiheit“ quer über die ganze Seite den „Sieg der Deutschen Volkspartei“ und die benachteiligende „Entstaatlichung der Eisenbahnen und Post“. Im Text wird dann noch einmal „die zwar allmähliche, aber sichere Ueberführung der Staatsbetriebe in die Hand der Profitgier um Stinnes“ vernebelt. Und dem soll die Sozialdemokratie zugestimmt haben? Das kann doch nur ein verführter Aprilscherz sein! Hoffentlich gibt die „Freiheit“ das heute zu und entzieht sie sich nicht länger ihrer Pflicht, ihre Leser über die politischen Vorgänge ernst und sachlich zu unterrichten.

Kann man soweit über die mißglückte Leistung der „Freiheit“ noch lachen, so wird die Sache dann leider viel bössartiger. Denn nachdem der Artikelschreiber prophezeit hat, daß die Zwangsanleihe nicht zur Erhebung kommen würde, bringt er es fertig, folgende Sätze niederzuschreiben:

Kuhenpolitisch muß das die einschneidendsten Wirkungen auslösen. Die erfolgreiche Durchsetzung der vom Kabinett Wirth bisher betriebenen Kuhenpolitik ist abhängig von der Ausgleichung des Staatshaushaltes, die durch dieses Steuerkompromiß nicht erreicht wird. Nach diesem Ergebnis der Kompromißverhandlungen wird das Ausland nicht einmal mehr den guten Willen Deutschlands zur Erfüllung seiner Verpflichtungen anerkennen, und alle Aussichten auf Erleichterungen der Reparationsverpflichtungen schwinden dahin. Die Steuerpolitik der Kompromißparteien bedeutet eine scharfe Befehdung der Kuhenpolitik des Kabinetts Wirth, die wir bisher unterstützt haben. Das Steuerkompromiß führt die völlige Ausschließung einer solchen Kuhenpolitik für die Zukunft herbei.

Wenn diese Zeilen nicht aus unanständiger Gesinnung geschrieben sind, was wir durchaus nicht annehmen wollen, dann kann man sie nur aus dem politischen Unverständnis und der gedankenlosen Leichtfertigkeit des Verfassers erklären. Ist denn die „Freiheit“ dazu da, den chauvinistischen Lügenfabriken des Auslandes die Ware fertig ins Haus zu liefern?

Auch die Unabhängigen wissen, daß die Sozialdemokratie diese Finanzreform nicht iraten Herzans mitmacht. Sie hat sich aber entschlossen, einem Gesetzgebungswerk, das schwere Lasten für die Massen der Verbraucher bringt, zuzustimmen, weil die Kuhenpolitik dies erfordert, und aus dem gleichen Grund wird sie sich dafür einsetzen, daß auch die Zwangsanleihe bis auf den letzten Pfennig erhoben wird — wie das ja auch in der Denkschrift der deutschen Regierung an die Reparationskommission in Aussicht gestellt wird.

Die chauvinistische Presse des Auslandes aber wird die Neuherung der „Freiheit“ mit Begierde aufgreifen, um aus ihr zu folgern, daß die Völkern, die dem deutschen Volk durch die Finanzreform auferlegt werden, nichts bedeuten. Sie wird nach neuen Garantien, nach neuen Sanktionen, nach neuen Belastungen des deutschen Volkes — und nicht nach der Zwangsanleihe schreien, die ja doch kommt und die ihrem kapitalistischen Intinstint zumutet ist. Was die „Freiheit“ da begeht, ist nackter Verrat an den Interessen der deutschen Arbeiter und ein bestimmungsloses Schlagen ins eigene Gesicht. Sie will „Völkerveröhnung“ predigen und löst Unversöhnlichkeit in die Herzen von Feinden!

Wir bedauern, eine solche Sprache gegen ein Blatt führen zu müssen, mit dem wir uns viel lieber freundschaftlich auseinandersetzen würden. Mag die „Freiheit“ auf unserm Rücken Holz hacken, wir vertragen schon etwas — aber wir müssen uns verbitten, daß sie es auf dem Rücken der

deutschen Arbeiterklasse tut! Jede Möglichkeit der Verständigung hört auf, wenn im parteipolitischen Zank Wahrheitsliebe und Verantwortungsgefühl zum Teufel gehen!

Keine Heße gegen uneheliche Mütter mehr.

Im Hauptauschuß des Reichstages wurde gestern ein wichtiger sozialdemokratischer Antrag angenommen. Unsere Leser erinnern sich, daß wir immer wieder die Stillschließungsdiskussion anbringen mußten, die bei der Post, aber auch bei anderen Behörden, gegen uneheliche Mütter gerieben wird. Gestern wurde nun im Hauptauschuß eine Entschließung der Abg. Frau Pfälf (Soz.) angenommen, wonach für weibliche Beamte und Hilfskräfte die uneheliche Mütterchaft nicht Grund zur Entlassung oder zur Entziehung eines Disziplinarverfahrens sein kann, auch die Beförderung einer Hilfskraft zur Beamtin aus diesem Grunde nicht abgelehnt werden.

Hoffentlich reicht dieser Beschluß aus, um den männlichen und weiblichen Stillschließungsbeamten ihr Handwerk endgültig zu legen.

Reichsrat und Reichsmietengesetz.

Das Reichsmietengesetz, das vor einigen Tagen vom Reichstag angenommen worden ist, hat bis jetzt noch nicht die Genehmigung des Reichsrats gefunden, obwohl am Donnerstag die endgültige Beschlußfassung des Reichsrats über das Gesetz erwartet wurde. Wie die „Dona“ meldet, machen sich in den Kreisen des Reichsrats aber Bedenken dagegen geltend, das Gesetz in seiner jetzigen Form überhaupt anzunehmen, weil es ein verfassungsänderndes Gesetz ist und weil es Beschlüsse enthält, die dem Reichsrat nicht vorgelegt haben, sondern vom Reichstag selbständig hingedrückt worden sind.

Eine solche Haltung des Reichsrats, d. h. eines Teils seiner Arbeitgebervertreter, erscheint zwar nicht unmöglich, damit wird sie aber durchaus nicht erträglich.

Rachne will Europa verklagen.

Zu der Meldung, daß Herr v. Rachne auf Schloß Pehow gegen eine Reihe von Berliner Tageszeitungen auf Grund der gegen ihn erhobenen Angriffe wegen Beleidigung klagt, erzählt eine bekannte Korrespondenz, daß sich dieses Vorhaben v. Rachnes nicht nur auf Berlin, sondern auf das ganze Reich erstrecken wird. Alle Provinzialzeitungen, die ihn wegen des Vorfalls mit dem Arbeiterrietert angegriffen haben, ja sogar eine große englische Zeitung, sollen ebenfalls verklagt werden.

In dem Ermittlungsverfahren, das der Potsdamer Untersuchungsrichter gegen Herrn v. Rachne eingeleitet hat, ist bisher noch keine Entscheidung darüber gefallen, ob eine Anklage wegen Tätlichkeits erhoben oder das Verfahren eingestellt wird. Wegen dem Arbeiterrietert soll aber ein Verfahren wegen Bedrohung und wegen Postskandal eingeleitet werden.

Mehr Würde bei der Eidesabnahme. Der preussische Justizminister sieht sich veranlaßt, in einer Verfügung darauf hinzuweisen, daß auch bei der nach den Artikeln 135 Abs. 4 und 177 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 unter Beachtung der religiösen Eidesform stattfindenden Eidesleistung der Würde und Bedeutung des Vorgangs Rechnung getragen werden muß, indem sich insbesondere vor der Eidesabnahme sämtliche Anwesenden von ihrem Eigen erheben und während der Eidesleistung einer der Würdigkeit der Handlung entsprechende Haltung gewahrt wird. In dieser Ermahnung dürfte der preussische Justizminister veranlaßt worden sein durch die bedauerliche Tatsache, daß mancherorts Fälle zu verzeichnen waren, wo bei Verweigerung der religiösen Eidesform es sogar der Gerichtshof oder einzelne Richter an der nötigen Würde fehlen ließen.

Die neue Gebührenordnung für Ärzte. Im preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt sind, wie die „Dona“ erzählt, eine eingehende Besprechung zwischen den Vertretern der Grochverbände der Ärzte, der Zahnärzte und der Reichsversicherungsträger über die Neufassung der preussischen Gebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte statt. Die neue Gebührenordnung soll am 1. April d. J. in Kraft treten.

D-Zug-Unterhaltung.

Es ist heutzutage nicht immer ein Vergnügen, mit der Eisenbahn zu fahren. Man riskiert, daß man halbtoit friert, weil die Heizung nicht funktioniert; man muß damit rechnen, daß plötzlich das Kommando „Alles aussteigen!“ ertönt, weil ein kleiner Streik ausgebrochen ist. Aber das Schlimmste ist doch, daß man so oft dazu verdammt ist, in einem Abteil zu fahren, dessen Insassen sich verpflichtet fühlen, die politische Gesamtlage zu beleuchten.

Kürzlich fuhr ich durch Mitteldeutschland. Zunächst hatte ich das Glück, einen Kreis durchsichtiger Mittelender zu haben. Ich konnte, in meine Ecke gedrückt, lesen und arbeiten. Da hier, war es in Halle oder einer der nächsten Haltestellen, ein Herr hinau, dessen lobungswürdiger Gesicht gleichermachen wie kein schwarzer Kack den Geistlichen verriet. Wie ich mit Schrecken gähnte, fühlte er sich schon nach wenigen Minuten verpflichtet, im Sinne der inneren Mission zu wirken. Ohne ersichtlichen Grund begann er eine Predigt über die Verderbnis der heutigen Welt. Immer weniger fanden die Worte des Gebetsredners Beachtung. Diese Worte lösten auf wunderbare Weise die respektlosen Rundwürde auch der übrigen vier Mitreisenden. Und wie das nun einmal so der Welt Voss ist: Von dem Gelächern und Getöse war man im Handumdrehen bei Ebert und Scheidemann, bei dem Schmachtfrieden und der Schlappheit unserer „Sozial“-Regierung, und da gab es nun kein Halten mehr. Ich machte ein, zwei schwärmerische Versuche, mitzureden. Aber als die überaus zungenfertige Dame zu meiner Linken wieder einmal die Geschichte von dem „Teilen“ erzählt und auf meinen bescheidenen Einwurf, daß der Sozialismus doch etwas anderes wolle als „bloß teilen“, unter einseitiger Zustimmung der anderen erklärte, daß das wisse sie besser, denn „ein Arbeiter“ habe ihr gesagt, es müsse „alles geteilt“ werden, — da gab ich es auf. Ich wußte den in der Ede hängenden Mantel um meinen Kopf und tat so, als ob ich schlief.

Leider oder schließ ich nicht, und der Mantel war nicht bis unten, um das Gespräch der anderen meinen Ohren zu entziehen. Und so blieb mir denn nichts erspart. Zum Gott weiß wievielsten Male erfuhr ich, daß der Achtundachtzig an allem Unheil schuld sei, daß „unser Volk“ es den „Gründen“ schon noch einmal heimzahlen würde, was sie ihm an „nationaler Schmach“ aufgezogenen, daß es ohne Kriege nie und nimmer ginge, daß aber die Ebert, Scheidemann nun wohl wissen würden, was bei Duldung des Schmachtfriedens für sie heraussprünge, — und in diesem Schramm weiter. Ueberhaupt die Ebert, Scheidemann, Erbsener usw.! Ebert habe den Wohlfeiler Kaiser Wilhelms aufbrechen lassen und nun ließ er sich so wohl sein bei seinen Schwänzen. Und das ganze Vorzeitan des Kaisers hatte er sich auch „angeeignet“!

Nun ging's nicht mehr. Ich wußte mich wieder aus meinem Mantel heraus, zog in aller Ruhe ein Blatt Papier und meinen Bleistift aus der Tasche und wandte mich zu der Dame an meiner Linken, die eben das große Wort geführt hatte. Ich bin zufällig mit dem Reichspräsidenten Ebert auf bekannt. Sie sind wohl ja gut, mir Ihren Namen und Ihre Adresse zu nennen. Herr Ebert kann dann eine persönliche Nachprüfung Ihrer Behauptungen vorantreiben. Sie werden ja auch ein lebhaftes Interesse daran haben, daß der Sachverhalt einwandfrei festgestellt wird.

Verdächtige Gesichter, betretenes Schwelgen. Dann erklärte die Dame energisch, sie habe nichts behauptet. Ich trumpfte auf: Ich habe doch aber deutlich gehört. . . . Nach weiterer Rede und Widerrede gibt schließlich der Herr mir geocüber zu: Die Geschichte mit dem Weinseller habe er erzählt. Und die Dame zu meiner Linken erklärt: Die Sache mit dem Vorzeitan habe „in einer Zeitung“ gestanden. „In welcher?“ „Das weiß ich nicht mehr. Aber Sie werden mir doch wohl glauben. . . .“ „Schön. Also bitte, dann Ihren Namen. Und der Herr ist wohl auch so freundlich. . . .“ „Ich sehe gar nicht ein, was ich für eine Veronachung hätte. . . .“ „Aber wenn Sie dergleichen erzählen, so werden Sie es doch auch beweisen können. Und Sie werden zugestehen, daß ein allgemeines Interesse letzte Klarstellung erfordert.“ „Ich habe die Geschichte von ganz zuverlässiger Seite. Aber ich weiß nicht, ob es dem Betreffenden recht wäre. . . .“ Man dreht sich, anstandslos, hin und her. Ich stecke schließlich Papier und Bleistift wieder ein, ohne einen Namen genannt bekommen zu haben. Mein Zweck ist ja auch schließlich erreicht. Es herrscht nun wieder eine wunderbare Stille in dem Abteil. Die Luft an politischen Debatten ist plötzlich dahin.

Nur der Pastor ist noch mundtot. Oder vielmehr, er fängt sich nun erst recht verpöhlert, kein Licht leuchten zu lassen. Was er spricht, richtet sich dabei fast ausschließlich an meine Adresse, auch wenn er stets die anderen anredet. Schließlich: ich bin ein Freund des Reichspräsidenten, und er ist Beamter. . . . Man darf seinen feilschen Eindruck aufkommen lassen. . . . Und deshalb: Wenn einerseits die Revolution in gewissen Volksteilen wohl bedauerliche Infinitie ausgelöst hat, so wollen wir andererseits doch auch nicht verkennen, daß der sozialistische Bewegung ein gewisser ideeller Gehalt innewohnt. In der Auflösung des einfachen Mannes aus dem Volke erscheint das Ziel leider rein materialistisch. Aber ich gebe zu, daß in der Rückwärtsentwicklung wieder eine direkte Feindschaft gegen die Religion und Sittlichkeit noch sonst eine unchristliche Stimmung festzustellen ist. Ferne sei es von uns, die Schandtat eines Ketzlers usw. schreien wir Männer wie dem Herrn Reichspräsidenten Ebert in die Schuhe zu schieben. Man mag auf einen anderen Boden stehen, aber man wird mit Achtung. . . . Zwar wird man vom christlichen Standpunkt aus loosen müssen. . . . aber unchristlich wäre es, abzustreiten. . . . Einerseits muß man den Sturz der alten Verfassung bedauern, insofern sie. . . . andererseits sei aber auch zuzugestehen, daß die Republik. . . .

Ich habe den Mantel wieder um die Ohren und lasse ihn reben, anstandslos, bisweilen die anderen in ehrfurchtsvollem Schwelgen dabei sitzen.

In der nächsten Station verlassen drei meiner Mitreisenden das Abteil: der Pastor, der Herr mir gegenüber und die Dame an meiner Seite.

Die abgelehnte Millionenfrage. Wilhelm v. Bode hatte aus dem Ertrage seiner Böhmerbergsteuerung 3 Millionen für den Ausbau des Klassischen Museums in Potsdam gestiftet, und das Kultusministerium hat die Annahme des Geschenkes abgelehnt. Diese Nachricht ging vor kurzem durch die Wälder und erreichte allgemains Vernehmen — allerdings erst, da man sich die Enthaltbarkeit des Kultusministers nicht erklären konnte. Beht geht, von einer hiesigen Zeitungskorrespondenz lanciert, eine weitere

Mitteilung durch die Presse, wonach die von Bode an die Schenkung gestifteten Bedingungen für den Minister unannehmbar seien. Bode — so heißt es — verlange, daß seine drei Millionen dazu verwendet werden, um das Klassische Museum nicht nur zu einem hohen Museum, sondern, entsprechend dem ursprünglichen Plane, zu einem richtigen Museum mit Schaufstellung usw. auszubauen. Dieses aber wollte das Kultusministerium nicht. (Aus Eigenheit? Aus Mangel an Einsicht? Aus verlodter Bosheit?) Natürlich ist das Befremden jetzt noch größer, und es wäre berechtigt, wenn die Mitteilung der Korrespondenz richtig wäre. Sie ist es aber nicht, oder nur zum Teil. Denn der Grund, weshalb das Ministerium die Spende zunächst abgelehnt hat, liegt allerdings in den von Herrn Bode gestellten Bedingungen, diese Bedingungen beziehen sich aber nicht nur auf den Ausbau des Klassischen Museums, sondern sie sollen dem Millionenpender zugleich einen Einfluß auf die Berliner Museumsverwaltung einräumen, die das Kultusministerium dem aus seinen Ämte geschiedenen Generaldirektor Bode heute unmaßlich mehr zubilligen kann. Es wäre dringend zu wünschen, daß Herr Bode auf den unannehmbaren Teil seiner Forderungen verzichtet und es dem Kultusministerium ermblicke, die drei Millionen zu dem sehr erwünschten Ausbau des Klassischen Museums zu verwenden.

„Moderne Musik“ heißt das Programm des vom Groß-Berliner Bezirksbildungsausschuß veranstalteten 8. Konzerts, das am Sonntag, den 12. 3/4 Uhr, im Grochen Saal der Philharmonie (Bernburger Str. 22a-23) stattfindet. Werke von Pfitzner, Richard Strauß, Debussy und Korngold kommen zur Aufführung. — Mitwirkende: Puffallische Leitung: Dr. Stiedry, Kapellmeister der Staatsoper, die Herren: Van Dahmen (Violine), U. Kropffeller (Cello), Felix Feigrek (Klavier), Kurt Rosenhauer, Konzertorganist (Harmonium), das Philharmonische Orchester. Eintritt 10 M.

Die Gefahren des Scheinwerfers. Die blühende Wirkung der Scheinwerfer an Automobilen birgt eine große Gefahr in sich, denn die von dem Scheinwerferstrahl geblendeten Augen der Passanten können natürlich die Umgebung schlecht erkennen und größere oder geringere Unfälle stellen sich infolge der Blendung durch die Automobilscheinwerfer in den häufigsten Straßen tagtäglich ein. Auf diese Unfälle macht Dr. Heinrich Zug in einem Aufsatz der „Sozialistischen Monatshefte“ aufmerksam. Jede gute Beleuchtung muß die Blendung ausschließen. Diese Forderung ist sowohl bei der Beleuchtung von Innenräumen als auch bei der Beleuchtung von Straßen und Plätzen zu erfüllen. Durch blendende Lichtquellen eine große Gefahr für die Verkehrssicherheit bedeuten, wird doch dauernd gegen diese Forderung gekämpft. Bald sind es grelle Scheinwerferbeleuchtungen mit unabhingeltem Lampen, bald sind es zu niedrig aufgehängte Gastampen bei der Straßenbeleuchtung, die das Publikum gefährden; vor allem aber sind es die Scheinwerfer der Automobile, die sich geradezu zu einer Pest für den Straßenverkehr entwickelt haben. Da der Scheinwerfer, der die Sichtbahn auf mindestens 20 Meter ausdehnt beleuchten soll, bei einer Steuerung von 12 bis 16 Grad einen Kreis von 4 bis 6 Meter Durchmesser ausleuchtet, so muß der Lichtkegel notwendig auch das Auge von Passanten treffen, die sich auf dem Trottoir bewegen und

Ein Briefwechsel Wirth-Hermes.

Die „Germania“ veröffentlicht einen Briefwechsel des Reichsanwalters Dr. Wirth mit Dr. Hermes, der dessen Ernennung zum Reichsfinanzminister vorangegangen ist. Der Reichsanwalt beginnt seinen Brief, der am 3. März — also vor Bekanntwerden der neuesten Affäre — geschrieben ist, mit einigen Äußerungen an den Fraktionkollegen, um diesem dann folgendes nahelegen:

Bezüglich der Außenpolitik nehme ich an daß in bezug auf die Grundlagen der bisherigen Außenpolitik keinerlei Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Auch die Behandlung des Reparationsproblems, insbesondere nach der tatsächlichen Seite, ist unser Gemeingut. Nach dieser Richtung herrscht wohl auch völliges Einvernehmen mit den Auffassungen des Herrn Kollegen Dr. Rathenau. Was die innere Politik angeht, so steht ja im Vordergrund die Erledigung des Steuerkompromisses. Mit Ihnen hält die Reichsregierung ihrerseits an dem Kompromiß fest und versucht, besonders aus außenpolitischen Erwägungen, das Kompromiß und das Mantelgesetz alsbald zum Abschluß zu bringen.

Besonderer Sorgfalt bedarf die Zwangsanleihe. Mit der Auffassung, wie sie vielfach außen hervorgetreten ist, als ob die Zwangsanleihe nur zögerlich behandelt, und als ob die Erhebung erst im Jahre 1923 vorgenommen werden sollte, werden wir beide gründlichst aufräumen. Es muß, gegebenenfalls auch unter Benutzung neuer Wege — ich stelle zur Erwägung den Bezug öffentlich-rechtlicher Korporationen als vorläufiger Veranlagungs- und Erhebungsorgane — versucht werden, die Zwangsanleihe zum größten Teil noch in diesem Jahre einzubezahlen und dem Jahre 1923 im wesentlichen die Korrektur zuzuwenden.

Der Reichsanwalt betont dann noch, daß bezüglich der Auswahl der Beamtenschaft im Finanzministerium „auch nur der Anschein einer einseitigen Orientierung vermieden“ werden müsse.

Dr. Hermes antwortet darauf noch am selben Tage, in dem er in der Hauptsache ausführt:

Ich habe in der heutigen Vormittagsbesprechung nach der ausführlichen Vorlesung des Herrn Kollegen Dr. Rathenau keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich den Grundgedanken der bisherigen Außenpolitik durchaus zustimme und auch in der Behandlung des Reparationsproblems mit Ihnen und dem Herrn Kollegen Rathenau einer Meinung bin.

Hinsichtlich der Zwangsanleihe habe ich Ihnen gegenüber keinen Zweifel darüber gelassen, daß die in einem Teil der Presse zutage tretenden Versuche, das Finanzministerium als einen Saboteur der Zwangsanleihe hinzustellen, jeder tatsächlichen Grundlage entbehren und habe dies an der Hand der bisher vom Finanzministerium geleisteten Vorarbeiten im einzelnen nachgewiesen. Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß wir alles tun müssen, um jeglichen Eindruck zu beseitigen, als ob die Erhebung der Zwangsanleihe erst im Jahre 1923 vorgenommen werden sollte. Das Ziel muß — wie ich bereits in den mündlichen Ausreden dargelegt habe — darin bestehen, den größten Teil der Zwangsanleihe noch in diesem Jahre einzubezahlen, und ich werde die von Ihnen gegebene Anregung des Bezuges öffentlich-rechtlicher Körperschaften für die Durchführung dieser Maßnahme sofort dem Reichswirtschaftsrat in Ergänzung des ihm bereits von mir übermittelten Fragebogens weitergeben und ihn um besondere Stellungnahme zu diesem Punkte bitten.

Schließlich verspricht Dr. Hermes, bei der Auswahl seiner Beamten jede Einseitigkeit vermeiden zu wollen:

Die „Germania“ betrachtet den Briefwechsel als einen Beweis vollständiger Übereinstimmung zwischen Wirth und Hermes. Wie dem immer sei, finden wir es klug, daß Wirth sich dieser Übereinstimmung schriftlich versicherte und daß die „Germania“ die Beweisstücke der Öffentlichkeit übermittelte.

es blenden. Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: die Bangmut des Publikums, das sich dauernd eine derartige Belästigung und Gefährdung gefallen läßt, oder die Latenzfähigkeit der Polizeibehörden, die trotz den bestehenden Bestimmungen, die die Vermeidung „übermäßig stark wirkender Scheinwerfer“ in den städtischen Straßen verbieten, diesem Anflug bei weitem nicht energisch genug steuern,“ sagt der Verfasser. „Es gibt eine große Anzahl von bewährten Einrichtungen, mit deren Hilfe die Blendung durch Scheinwerfer vermindert oder ganz beseitigt werden kann. Diese Einrichtungen sind nicht zu kostspielig, denn im Vergleich zu dem hohen Preise eines Automobils machen sie nur einen ganz verschwindenden Bruchteil aus. Wenn die Automobilbesitzer sich nicht dazu bereit erklären, diese Einrichtungen anzuschaffen, so verbiete man die Benutzung von Scheinwerfern in den Straßen unserer Städte überhaupt. Notwendig sind sie keinesfalls.“

Spiritusbrennende und konsumierende Bakterien. In der Generalversammlung des Vereins der Spiritusfabrikanten Deutschlands wurde, wie die „Zeitschrift für Spiritusindustrie“ berichtet, die Mitteilung gemacht, daß diese gemeinnützige Organisation eine „biologische Abteilung“ eingerichtet habe, die „sich immer mehr zu einer scharfen Waffe gegen die Abklingbewegung auswähle“. Der Leiter der Abteilung, ein Professor Lindner, hat nämlich festgestellt, daß in den Verdauungsorganen jedes Menschen unzählige Bakterien vorhanden sind, die Alkohol erzeugen. „Besehen Sie sich einmal — rief der Berichterstatter aus — in die Seele eines Total-Abstinenzlers, dann werden Sie verstehen, wie ihm zumute sein muß, wenn er hört, daß in seinem eigenen leuchtenden Reibe sich eine Brennerlei befindet, die ganz automatisch Alkohol erzeugt! Man darf natürlich nicht übertrieben. Der erzeugte Alkohol geht wohl kaum in die Blutbahn, sondern andere Bakterien nehmen ihn auf und verarbeiten ihn. Aber dadurch wird die Lindnersche Behauptung nicht entwertet, denn sie entkräftet nach wie vor die Behauptung der Abstinenzler, daß der Alkohol auch in der kleinsten Menge ein Gift für jede lebende Zelle sei.“

Das Furchenfein, das man in seinem Unterleib eine gutgehende Schnapsfabrik mit sich herumträgt, ist gewiß für jeden von uns schmerzhaft, aber es beirrt nicht doch nicht völlig. Was nützt es, daß eine Sorte tüchtiger Bakterien in unserem Bauche Spiritus fohlsiert, wenn eine andere Sorte uns diesen Spiritus sofort wehnt? Es wäre die Aufgabe einer wirklich menschen- und alkoholfreundlichen Wissenschaft, den porphyrischen Schädlingen die Furchen gründlich auszutreiben. Etwa durch zeitweises Denaturieren des menschlichen Unterleibs, bis die Furchenbakterien sich definitiv verabschiedet haben und Total-Abstinenzler geworden sind. Vom Verein der Spiritusfabrikanten Deutschlands ist eine Lösung dieser Aufgabe freilich nicht zu erwarten. Er wird sich hüten, die Konkurrenz zu unterliegen, die ihm Gott der Herr in den menschlichen Unterleibsorganen etabliert hat.

Die nächste Premiere der Sommerspiele, Louis Bernoulli's „Das Verbotene“ wird am 10. Sonntag, den 16. angelegt.

Besteht gefasste Werke soll nach einer Tempel-Meldung aus London die Landesregierung zur Feier seines 60. Geburtstages herausgeben.

Wein und Zucker.

Der „Soz. Parl.-Dienst“ schreibt: Die Ernennung des bisherigen Reichsernährungsministers Hermes zum Reichsfinanzminister hat in parlamentarischen Kreisen große Bewunderung hervorgerufen. Allgemein herrschte am Freitag in der Wandelhalle des Reichstages die Auffassung vor, daß ein Mann, gegen den in den letzten Tagen schwere Beschuldigungen erhoben wurden, nicht zum Reichsfinanzminister hätte ernannt werden dürfen, bevor die Vorwürfe der Bestechung restlos erledigt waren. Zweifellos ist diese Auffassung nicht ganz unberechtigt. Gegen sie spricht bisher nur die Vermutung, daß die Zentrumsfraktion, die über den Fall Hermes doch genau unterrichtet sein muß, die Ernennung nicht zugelassen hätte, wenn sie die Vorwürfe als so schwerwiegend betrachtet, wie sie in der Öffentlichkeit hingestellt werden. Aber sei dem, wie es sei! Jedenfalls ist Herr Hermes, dem durch die Ernennung zum Reichsfinanzminister das Vertrauen der Regierung ausgesprochen wurde, jetzt verpflichtet, vor aller Öffentlichkeit zu erklären, wie sich die Angelegenheit mit den „Wein- und Zuckersachen“ verhält, bevor das Gericht feststellt, was Wahres an den Vorwürfen ist. Das deutsche Volk und die Fraktionen des Reichstages haben ein Recht darauf, festzustellen zu verlangen, ob die Vorwürfe der Bestechung gegen einen Reichsminister berechtigt sind oder nicht.

Da den bis jetzt veröffentlichten Meldungen über den Weinbezug des bisherigen Reichsernährungsministers Hermes lag ein Widerspruch vor: das von der „Freiheit“ veröffentlichte Dokument erbrachte den Beweis für einen Weinbezug von insgesamt 110 Flaschen am 10. Februar 1921. In der Meldung einer Berliner Korrespondenz war jedoch als Datum der April 1920 und als Anzahl der Flaschen 200 genannt. Dieser scheinbare Widerspruch erklärt sich, wie die P. P. R. von eingeweihter Seite hören, dadurch, daß tatsächlich zwei verschiedene Belieferungen an den Reichsernährungsminister vorliegen. Im Gegenlag nämlich zu der durch das „Berliner Tageblatt“ gebrachten, anscheinend inspirierten Meldung, daß Herr Hermes nur im Februar vorigen Jahres vom Winerverband Wein bezogen habe, steht fest, daß Dr. Hermes schon im Jahre vorher, und zwar vor dem 27. April 1920, ungefähr dieselben Sorten Wein bezogen hat, damals sogar 200 Flaschen und ebenfalls zu dem eigenartigen Preis von 3 M. die Flasche. Die vom „Berliner Tageblatt“ zugegebene „Anfrage“ des Ministers im Februar 1921 gewinnt also eine fürstlich verhängnisvolle Bedeutung, denn bei dieser Anfrage kannte Herr Hermes bereits den ihm eingeräumten Sonderpreis von 3 M., so daß es sich direkt um eine Anforderung handelt, der der Winerverband natürlich auch entsprach.

In diesem Zusammenhang gewinnt auch die bereits gemeldete Tatsache eine bedenkliche Erklärung, daß Herr Hermes hinterher, als er davon hörte, daß der Brief vom Februar 1921 in unredliche Hände gefallen war, einen Ulbi-Brief an den Winerverband schrieb, worin er sein Befremden über den niedrigen Preis ausdrückte. Diesen Brief erwähnte bereits auch das „Berliner Tageblatt“, das außerdem berichtete, daß der Minister glaubte, das Opfer eines Verbums in der Preisfestsetzung seitens des Winerverbandes zu sein. Nach den obigen Ausführungen war demnach Herr Hermes also schon im Jahre vorher das Opfer eines solchen Verbums gewesen und hat diesen Irrtum durch seinen „Anfrage-Brief“ ein zweites Mal herbeigeführt.

Das Ernährungsministerium überflüssig.

Mit der Ernennung von Hermes zum Reichsfinanzminister taucht naturgemäß die Frage auf, wer soll Reichsernährungsminister werden? Es werden Namen genannt, die auf leeren Vermutungen beruhen. Die Sozialdemokratie hat vorläufig keinen Anlaß, sich um angebliche Ministerkandidaturen zu kümmern, da sie nach wie vor die Auffassung vertritt, daß das Reichsernährungsministerium unter den gegenwärtigen Verhältnissen überflüssig ist und man mit seinem Abbau beginnen kann.

Die Spar-Trödelei.

Wenig rühmlich für die hohe Reichsregierung war das, was ein Ministerialdirektor aus dem Reichsfinanzministerium Pressevertretern über die Versuche, die Reichsverwaltung zu verbilligen, berichtete.

Von den 265 Milliarden des Etats sind 86 für die inneren Ausgaben bestimmt.

Darunter sind bereits festgelegt:

Für das Post- und Eisenbahnbudget	9,0 Milliarden
Heer und Marine	4,7
Schuldendienst	29,8
Kriegsteilnehmerfürsorge	11,2
soziale Aufgaben	7,0
wirtschaftl. u. kulturelle Aufgaben	2,0
die Reichsverwaltung (ohne Post und Eisenbahn)	9,0

Diese 9-Milliarden-Ausgabe (bei 190 000 Beamten) verschlingt u. a. die gesamte Zuck-, Tabak-, Spiritussteuer und die drei Gesellschaftssteuern. Allerdings entfallen von diesen 9 Milliarden 2,2 auf die Erhebung der Steuern.

Zu der finanziellen Seite der Ersparungsfrage kommen die Fragen der zweckmäßigen Organisation und die politische Seite, die parteipolitische Stimmungen gern mit dem „Beamtenheer“ begründet werden.

Der seinerzeit eingeschlagene „Spardiktator“ Carl wollte die Ministerien für Arbeit, Wirtschaft, Ernährung, Schatz und Wieder- aufbau in eines zusammenfassen und gewisse Bezirke der Reichsverwaltung den Ländern übergeben. Er stieß aber im Kabinett auf Widerstand, zumal die Einzelbearbeitung seiner Vorschläge vernichtet wurde.

Die Ersparungskommission des Reichsrates und Reichstages, mit hervorragenden Profiteuren an der Spitze der Unterkommissionen, ist jetzt entlassen, ohne je was geschafft zu haben! Von den Unterkommissionen haben einige gearbeitet, einige sind überhaupt nicht zusammengetreten.

Daß bisher nichts erreicht worden ist, schrieb der sachkundige Referent dem Umstand zu, daß die Willensbildung des Kabinetts auf diesem Gebiet außerordentlich zurückgeblieben ist.

Jetzt will man je einen Sparminister haben, weil der im Kabinett mehr durchsetzen könnte, als ein „Außenstehender“. Aber wie die Dinge schon zu gehen pflegen — wir fürchten, daß sich um diesen Einen bald ein — Sparministerium mit allem Drum und Dran entwickeln würde!

Um die Beamtendefoldung.

Gestern vormittag begannen im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Spitzenorganisationen über die Neuregelung der Beamtendefoldung. Die Besprechungen wurden bis gegen Abend konsequent durchgeführt; Vorschlag stand gegen Vorschlag, so daß die Regierungsvertreter sich veranlaßt sahen, Einzelberatungen vorzuschlagen. Die erwartete Antwort der Regierungsvertreter auf die Vorschläge der Gewerkschaften, die gegen Abend erfolgen sollte, blieb jedoch aus; statt dessen nahm ein Vertreter des Reichsverkehrsministers an der Anwesenheit des Eisen-

bahnreferenters Manne für die Reichsgewerkschaft Anstoß und verlangte durch den Deutschen Beamtenbund dessen Abberufung; Manne verließ deshalb vorläufig freiwillig den Sitzungssaal, bis die Gewerkschaften zu dem Verlangen der Regierungsvertreter Stellung genommen hätten. Die Gewerkschaften beschloßen, daß Manne auch weiterhin an den Verhandlungen teilnehmen soll, da man nicht vorschreiben lassen könne, wer von den Gewerkschaften an den Verhandlungen teilnehme. Da die Regierungsvertreter wieder erklärten, daß sie mit einem Manne, gegen den ein Disziplinarverfahren schwebt, nicht verhandeln könnten und auf diesen Standpunkt trotz der Angaben der Gewerkschaften bestanden, wurden die Besprechungen abgebrochen.

Änderung der Angestelltenversicherung.

Der Sozialpolitische Ausschuh des vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich am 9. März mit dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte. Die Arbeitnehmer fordern die Beseitigung der Doppelversicherung im Bereiche der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge. Die Höchstgrenze des versicherungspflichtigen Jahreseinkommens bei der Invalidenversicherung für Arbeiter soll ebenfalls beseitigt werden wie die Höchstgrenze bei der Angestelltenversicherung. Eine Ausnahme soll höchstens zugelassen werden bei Angestellten in leitender Stellung mit mindestens 60 000 M. Jahreseinkommen. Dem Verlangen nach weitgehender Selbstverwaltung soll Rechnung getragen werden durch die Beauftragung des Verwaltungsrates mit der tatsächlichen Verwaltung der Reichsversicherungsanstalt und ihre bedeutsameren Betriebsmaßnahmen. Außerdem durch Wahl mindestens der leitenden Funktionäre durch den Verwaltungsrat. Ein Zusammenlegung der Rechtsprechungsinstanzen der Angestelltenversicherung mit den Spruchbehörden der Invalidenversicherung wird als unerwünscht betrachtet und die Gleichstellung der Invalidenversicherung mit der Angestelltenversicherung in den Leistungen als unmöglich angesehen. Ein neuaufgesetzter Ausschuh wurde einberufen um sich mit der Materie zu beschäftigen.

Löhne städtischer Guts- und Forstarbeiter.

Die Magistratsratikommision ist unter Vorsitz des Bürgermeisters Ritter am 10. März 1922 mit den Vertretern des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zusammengekommen, um die von dem Verbande beantragten Lohnerhöhungen für die Guts- und Forstarbeiter zu beraten. Nach eingehender Begründung der Forderungen führten die Vertreter des Magistrats aus, die finanzielle Lage der Stadt gebiete, daß nur in bescheidenem Maße und unter genauer Abwägung der tatsächlichen Lebensverhältnisse der Gutsarbeiter Lohnerhöhungen zugelassen werden könnten. Der Vorschlag der Magistratsratikommision, die Sozialdeputierten, die durch den Besch des Deputats verbunden mit der Marktenumerierung bereits in erheblichem Maße Lohnerhöhungen erfahren haben, von einer weiteren Aufbesserung der baren Bezüge frei zu lassen und die Paritäten der übrigen Gruppen je nach der Höhe des Deputats in Anlehnung an den für die städtischen Arbeiter ergangenen Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums um 10 bis 25 Proz. zu erhöhen, wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt. Sie behielten sich weitere Schritte in bezug auf die Anrufung eines Schlichtungsausschusses vor.

Kleine Etats.

Der Landtag besetzt gestern die Vorlagen zum Ausbau der Wasserkräfte

von Beyer, Fuchs und Rein. Der Hauptauschuh will dabei auch das Orinalkapital in der Form des gemischtwirtschaftlichen Betriebs betätigen, während die Sozialdemokraten die Betriebsgesellschaft nur mit dem Reiche oder den Kommunalverbänden bilden wollen.

Nach lebhafter Aussprache, in der Abg. Grzesinski (Soz.) hierfür eintritt, wird die Vorlage nach den Anträgen des Hauptauschusses gegen alle drei sozialistischen Parteien angenommen.

Beim Etat für den „Reichs- und Staatsanzeiger“ wünscht Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.) Reformen im Betriebe; der nicht offizielle Teil sollte wegfallen und das Verhältniß mit dem von Stinnes beeinflussten Privatverlage gelöst werden.

Ein Regierungsvertreter saß nach Prüfung der Beschwerden zu. Der Haushalt der Staatsbank (Seehandlung) wird nach kurzer Besprechung bewilligt.

Die weiteren Verhandlungen werden hierauf unterbrochen durch eine 1½ Stunden in Anspruch nehmende Abstimmung über fast 400 Anträge zum Kultusetat.

Die Anträge des Hauptauschusses werden angenommen oder Aus- schüssen überwiesen. Die übrigen Anträge werden mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt.

Auf Vorschlag des Geschäftsausschusses werden die Anträge auf Strafverfolgung der Abg. Kleinpehn (U. Soz.), Dohlem, Kilian, Knoth, Kufch und Runge — sämtlich Kommunisten — bedauer- los abgelehnt. Bei der Beratung des Antrages, die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Schölem (Komm.) wegen versuchten Hochverrats zu erteilen, zur Inhaftnahme zu ver- legen, entspann sich eine längere Debatte, in der

Abg. Dr. S. Rosenfeld (Soz.) erklärt: Die Anträge des Reichs- anwalts beruhen auf vollkommen haltloser Grundlage. Es hat sich ergeben, daß Unterstützung von militärischen Bewegungen gar nicht erfolgt ist und daß die Mitteilungen darüber unwahr sind.

In der Abstimmung wird der Antrag gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien angenommen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, wonach Gemeinden, Kranker- tassen usw. zur Errichtung von Apotheken und zur Lieferung von verbilligten Arzneimitteln berechtigt sein sollen, wird nach kurzer Aussprache dem Ausschuh für Bevölkerungspolitik überwiesen. Sonnabend 11 Uhr (Kleine Anfragen).

Brandenburgischer Provinziallandtag.

Die Anstellung der Landbediäte wurde so geregelt, daß nicht mehr eine lebenslängliche Anstellung, sondern wie bei den Stadträten der Großstädte eine Anstellung auf 12 Jahre erfolgt. Nach- dem die Beamtenbediätendefoldung erledigt, wurde in der gestern abge- brochenen Statbediätberatung fortgesetzt bei dem Kapitel für die ge- erziehung. Hier zeigt sich immer noch die alte Erziehungsmethode, durch Gewalt und Erziehung aus zum Teil fröhlichen Menschen gehorsame Leute zu machen. Dieser Art der Erziehung, die besonders einen Vertreter in Dr. Wulfsmann von der Verwaltung hat, dem ein Gesellschafter der Bediäten ganz sekundäre wurde von unseren Genossen Westfal und Metzke scharf entgegengetreten. Sie ver- lagten, daß man endlich in den Anstalten der Provinz zu humanen Erziehungs- methoden übergeht. Besonders die Anstalt Potsdam läßt eine Erziehung unter Wärdens der Verate, die sich der Barbarei nähert. Die Statbediäte wird morgen abgeschlossen.

Das Gesetz gegen die Lebensmittelhändler. Im Reichswirt- schaftlichen Ausschuh des Reichstages wurde gestern der Gegenentwurf über die öffentliche Bekanntmachung von Beurteilungen wegen Preisverhöhen, Schleichhandels, verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und unzulässigen Handelsbetriebs. Nach eingehender Erörterung, in der Redner aller Parteien zur Sache Stellung nahmen, wurde beschloßen, einen Unterausschuh zu bilden und ihm zu übertragen, gemeinsam mit der Regierung den Gegenentwurf mit der Preiswuchererordnung zu verbinden.

Die Handelsvertragsverhandlungen Deutschland-Nemeland, zu denen sich die Reichsregierung auf die Aufforderung des Nemelers Oberkommissars bereit erklärt hat, sollen nach deutschem Vorschlag am 27. ds. beginnen.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Betriebsrätewahl.

In den nächsten Tagen und Wochen finden die Neuwahlen der Betriebsräte statt. Bei den ersten Wahlen der Betriebsräte vor zwei Jahren wurde unter Führung der Münzstrafen-Betriebsrätezentrale die völlige Ausschaltung der alten SPD-Anhänger versucht. Das Vorhaben endete mit einem kläglichen Fiasko. Bei den zweiten Wahlen im vergangenen Jahre war die Parteigruppierung schon wesentlich anders. Die Kommunisten versuchten in genauer Befolgung der Moskauer Bedingungen mit der Aufstellung eigener Parteilisten ihr Reimzellsystem in den Gewerkschaften vorzutreiben. Der ganze Feldzug endete aber wiederum mit einem Mißerfolg. SPD. und USPD. wehrten gemeinsam als Gewerkschafter der Richtung Amsterdam den Anschlag ab. In diesem Jahre kommen nun endlich auch die Kommunisten dahinter, daß sie mit ihrem Feldgeschrei: Moskau oder Amsterdam keine Seide spinnen können. Mit einemmal bekennen sie sich zur Wahl freigewerkschaftlicher Listen. Das will aber nicht etwa heißen, daß diese Leute ihre Fehler, die sie im stillen wohl einsehen, auch offen zugeben. Sie gehen vielmehr mit ihrer „Anerkennung“ der freien Gewerkschaften auf Bournfang aus. In Anknüpfung an ihre Mitglieder versucht die KPD. die freigewerkschaftlichen Listen in Betriebsversammlungen unter dem Einfluß einer durchsichtigen Stimmungsmache zustande zu bringen. Es heißt deshalb den Schlämmer gegenüber auf dem Posten zu sein.

Unsere Genossen in der UGB. Brunnenstraße haben nun durch ihr Vorgehen bei der Aufstellung einer gemeinsamen Liste einen Weg gezeigt, der im allgemeinen zur Nachahmung empfohlen werden kann. Auf Vorschlag dieser Genossen wurden folgende Richtlinien aufgestellt und von den Vertretern aller drei Richtungen unterzeichnet:

1. Parteipolitische Bedingungen dürfen nicht gestellt werden.
2. Jeder Partei wird volle Parität gewährt.
3. Die Kandidaten sind verpflichtet, nur auf dem Boden der freien Gewerkschaften (Richtung Amsterdam) und deren Grundzüge zur Verwirklichung der 10 Punkte des ADB. zu arbeiten.
4. Die Kandidatenliste muß von der Betriebsversammlung jantioniert werden.

5. Mandatgeber ist die Fraktion.
6. Jeder Kandidat ist verpflichtet, sein Mandat als Betriebsrat niederzulegen, wenn er von der Mehrheit seiner Mandatgeber oder seiner gewerkschaftlichen Organisation dazu aufgefordert wird.

SPD.	USPD.	KPD.
Herzfeld	Kocher	Schwenke
Pösch	Kooh	Helles.

Nur auf Grund einer solchen Vereinbarung ist das Zustandekommen gemeinsamer Listen zu den Wahlen der Betriebsräte möglich. Durch das Ausschalten jeder parteipolitischen Diskussion aus den Betriebsversammlungen ist eine gesunde Auseinandersetzung der Kandidaten erfolgt lediglich durch die Fraktion, die letzten Endes neben der gewerkschaftlichen Organisation das Recht der Abberufung hat.

Die Kandidatenaufstellung zu Betriebsrätewahlen durch politische Fraktionen ist natürlich alles andere als ein auf die Dauer wünschenswerter Zustand. Entgegen den traurigen Erscheinungen der letzten Jahre bedeuten solche Vereinbarungen aber immerhin einen Fortschritt.

Diktatur der Gewerkschaftsbureaukratie!

Wir werden von einem Mitglied der Tarifkommission um Aufnahme folgender Aufschrift gebeten:

Die „Rote Fahne“ brachte in ihrer Nr. 115 unter obiger Überschrift etliche Bemerkungen zu dem Bericht des Staats- und Gemeindefachverständigen über den Schiedsspruch der Gemeindearbeiter anlässlich ihrer letzten Lohnstreitfrage.

Hierzu sei der Deffektivität gegenüber mitgeteilt, daß die am Lohnratell beteiligten Verbandsvertreter eine Urabstimmung vorschlugen, während die aus circa 30 Mitgliedern bestehende Tarifkommission entgegen diesem Vorschlag für sofortige Zustimmung eintrat; nur zwei Mitglieder der Tarifkommission stimmten im gegenständlichen Sinne. Daran mögen die kommunistischen Mitglieder der Tarifkommission, welche aus reichlicher Erwägung und aus guten Gründen gegen die Urabstimmung Stellung nahmen, erkennen, wie leicht sie von ihrem eigenen Parteiorgan zu „Gewerkschaftsbureaukraten“ degradiert werden können.

Wieder mit jeder Diktatur, auch der sogenannten Gewerkschaftsbureaukratie; es lebe die Diktatur der „Roten Fahne“!

Lohnkampf im Friseurgewerbe.

Am 16. Februar unterbreitete die Tarifkommission des Arbeitnehmerverbandes den Arbeitgebern die Forderung auf Erhöhung der Wochenlöhne von 270 und 283,50 M. um 60 Proz. Daraufhin erhöhten die Friseure ihre Bedienungspreise ab 1. März um 50 bis 66 Proz. und erklärten den Vertretern der Gehilfen, daß sie bereit zu einer Lohnherabsetzung seien, jedoch nur unter der Bedingung, daß für beide Berufsgruppen, Herren- und Damenfriseur, eine Staffellage nach dem Alter eingeführt würde. Und zwar sollten die Herrenfriseur bis zum 20. Lebensjahre 300 M., bis zum 23. Lebensjahre 330 M. und über 23 Jahre alte Gehilfen 370 M. Wochenlohn erhalten, die Damenfriseur in jeder Stufe 10 M. mehr. Die nicht in dreijähriger Lehrzeit ausgebildeten Friseurinnen sowie die Lehrlinge sollen von der Lohnvereinbarung ausgeschlossen bleiben.

Die Friseurmeister nehmen also um 50 bis 60 Proz. höhere Preise, bieten aber ihre Arbeitern eine Lohnherabsetzung von 11 bis 37 Proz. Dieses Angebot sieht geradezu nach einer Verhöhnung der Gehilfenschaft aus. Wie die Arbeitgeber es vor sich und ihrer Kundenschaft rechtfertigen wollen, ihren Arbeitern zugunsten, mit Löhnen von 300 bis 330 M. auszukommen, muß ihnen überlassen bleiben. Den Höchstlohn von 370 M. würden nur die wenigsten Gehilfen bekommen, weil der Friseurgehilfe ja schon mit 25 bis 30 Jahren „zu alt“ für den Beruf ist. Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, wird dann noch verlangt, die Friseurinnen, die fast alle von den Arbeitgebern in kürzester Lehrzeit ausgebildet sind, aus der Lohnvereinbarung herauszulassen, um deren Löhne noch niedriger bemessen zu können; sie sollen also gleich den Lehrlingen Freiwild für die Ausbeutungsjucht der Arbeitgeber werden.

Die Funktionäre der organisierten Gehilfenschaft haben mit Enttäufung von diesem Angebot Kenntnis genommen und beschlossen,

weitere Schritte zu unternehmen. Die Langmut der Gehilfenschaft ist erschöpft. Sie hatten sich bisher noch damit abgefunden, daß die Arbeitgeber den Abschluß eines Tarifvertrags verweigern und mit Rücksicht auf eine halbwegs angemessene Lohnregelung hat sie die Regelung der Arbeitszeit, der Beurlaubung und des Arbeitsnachweises hintangelegt. Das haben die Echarfmacher als Schwäche des Verbandes ausgelegt und allzu sehr ausgenutzt. Jetzt gilt es, zu zeigen, daß die Herren sich geirrt haben. Die Mitglieder des Verbandes werden am Donnerstag im Logenhaus, Linienstr. 121, den Bericht der Tarifkommission entgegennehmen und das weitere beschließen.

Ballstimmethoden kommunistischer Führer.

Wie tief die Moral in der kommunistischen Partei gesunken ist, zeigt folgender Vorgang in der am 9. März abgehaltenen Mitgliederversammlung des Bauarbeiterverbandes im Bezirk Osten II.

Bekanntlich sind im Bauarbeiterverband 148 Zellenbauer ausgeschlossen worden, darunter auch der kommunistische Bundtagsabgeordnete Paul Hoffmann. Der Zutritt zu dieser Versammlung war den Ausgeschlossenen durch die Bestimmungen der Verbandsstatuten verweigert. Anstatt nun sich daran zu halten oder wenigstens abzuwarten, bis der Antrag auf Auflösung in der Versammlung erledigt war, erzwang man sich unter Führung von Hoffmann durch Faustkämpfe und nach Niederwerfung der Türkontrollen den Saaleingang. Unter Indianergeheul stürzte man sich in die Versammlung, mit hochgehobenen Fäusten zum Tisch des Bezirksleiters und ben in der Versammlung anwesenden Kollegen des Vereinsvorstandes; lediglich der Kaltblütigkeit der betreffenden Kollegen ist es zu verdanken, daß es auch dort nicht zu einer regelrechten Prügelei kam. Der Bezirksvorstand hatte die Versammlung geschlossen und die Mitglieder schickten sich an, den Saal zu verlassen. Nachdem etwa 50 Kollegen den Saal bereits verlassen hatten, machte man die Tür von innen zu und ließ niemand mehr heraus, mit dem Bemerkung, daß jeder Hoffmann hören müsse. Als später ein Kollege seine Parteikarte der USPD. vorzeigte, ließ man ihn unter Verwünschungen gehen. Aus diesem Vorgang kann jedes Mitglied des Bauarbeiterverbandes erneut erkennen, mit welchen Mitteln führende Leute in der KPD. arbeiten, um jede positive Gewerkschaftsarbeit systematisch zu hindern und unmöglich zu machen. Es liegt im Interesse aller, sich von diesen Drahtziehern nicht gebrauchen zu lassen zu Dingen, die letzten Endes jeder selbst verantworten muß.

Tarifabschlüsse in den Wurfabriken Groß-Berlins!

Die jetzt beendete Bewegung verdient besondere Beachtung, weil gleichzeitig mit der Lohnherabsetzung alle Gruppen der in den Wurfabriken Beschäftigten unter einen Tarif gebracht wurden, die bisher tariflos arbeiteten. Vor allem die kaufmännischen Angestellten.

Von vornherein war es klar, daß der Kampf schwer sein würde. Deshalb fanden sich die beteiligten Organisationen, Fleischer, Maschinenisten und Heizer, Transportarbeiter und Angestellte zusammen und bildeten ein Tarifortell. Das Zusammenwirken der vier Verbände hatte vollen Erfolg. Nach anfänglichem Sträuben gelang es, der Zeit entsprechende Tarife abzuschließen.

Die Löhne der gewerblichen Arbeiter erfahren eine Aufbesserung um 40 Proz. ab 27. Februar und betragen nunmehr für Fleischergehilfen in bestimmten Funktionen, Maschinenisten und Heizer, Chauffeure pro Stunde 14,90 M., Fleischergehilfen ohne bestimmte Funktionen und Handwerker aller Art pro Stunde 14 M., Kutscher, Arbeiter, Wächter, Portiers und Stalleute pro Stunde 12,95 M., für Jugendliche bis 18 Jahre (männl. und weibl.) pro Woche 300 M., für Frauen 400 M.

Die Gehälter für Anestellte betragen: für kaufmännische Lehrlinge 400 M. bis 600 M. pro Monat, Ladengehilfen (Verkäufer) 810 M. pro Woche, Verkäuferinnen (während der Lehrzeit) 800 M. Monat, nachher 1200 bis 1900 M. pro Monat. Die Gehälter der Kontorangestellten stufen sich in drei Gruppen, und zwar für Gruppe I von 1650 bis 2250 M., Gruppe II von 2100 bis 2850 M., Gruppe III von 2700 bis 3500 M. pro Monat.

Das Ergebnis der Verhandlungen wurde einer Vollversammlung der Beschäftigten unterbreitet und mit großer Mehrheit angenommen. Mit Recht weisen die Vertreter der Fleischer und Angestellten Gaebler und Dohmann darauf hin, daß dies ein Erfolg der Einigkeit sei und forderten zur vollkommenen Organisierung und festem Zusammenhalt auf. Diese seien die beste Garantie für alle Zukunft.

Die Aufgaben der Betriebsräte und die bevorstehenden Betriebsrätewahlen in den Deutschen Werken behandelte Genosse Wuschit am Mittwoch in einer Versammlung, die für die im Werk Spandau tätigen Angestellten, die zur SPD. gehören, nach den „Germaniafäden“ in Spandau einberufen war. Der Referent wies in seinen Ausführungen auf die wichtigen Aufgaben der Betriebsräte hin und hob hervor, daß für die Bedeutung dieser Aufgaben leider oft noch nicht das volle Verständnis vorhanden sei. Daß das Betriebsrätegesetz Mängel habe, die der Abstellung bedürfen, sei allgemein bekannt. Um so mehr sei notwendig, von dem im Gesetz gegebenen Rechten Gebrauch zu machen. Erforderlich sei aber auch, daß hinter den Betriebsräten eine geschlossene Arbeiterschaft stehe. Wo Uneinigkeit zur gegenseitigen Bekämpfung führe, könne ein erprobliches Wirken nicht erwartet werden. Als Kandidaten sollten nur solche zur Wahl gestellt werden, denen ausreichende wirtschaftliche Erfahrungen zur Seite stehen. Und für einen Riesenerfolg bedürfe es eines großen Rohes weltwirtschaftlicher Kenntnisse, die zu erwerben nicht leicht ist. Fehlten diese, so werde der Betriebsrat stets eine klägliche Rolle spielen. Wenn bei Verhandlungen wirtschaftliche Fragen erörtert werden. Das große Maulwerk dürfe bei der Wahl nicht ausgeschlaggebend sein. Erst recht nicht, wo es sich um Reichsbetriebe handelt. Es muß möglich sein, diese mindestens ebenso rentabel zu gestalten wie die Privatbetriebe. Die Reichsbetriebe haben unter schwerer Konkurrenz zu leiden. Obendrein besteht die Absicht, sie der Privatindustrie anzuliefern. Es hat sogar den Anschein, als ob einzelne leitende Persönlichkeiten der Werke das als ihre eigentliche Aufgabe betrachten. Hier erwächst dem Betriebsrat eine große Aufgabe, nämlich für das Gedeihen der Werke mit ganzer Kraft zu arbeiten. Die Produktion muß mit einem möglichst geringen Aufwand auf das möglichst höchste Maß gesteigert werden. Weibe das Ergebnis hinter dem des Privatbetriebes zurück, so würde das die bürgerliche Agitation gegen die Reichsbetriebe stärken. Die Betriebsräte müssen dahin wirken, daß diese Betriebe Musterbetriebe im wahren Sinne des Wortes werden. Ihre Belegschaft müsse sich nicht bloß der Arbeiterschaft, sondern auch dem ganzen deutschen Volke gegenüber verantwortlich fühlen. Um das Maß der wirtschaftlichen Kenntnisse und die soziale Einsicht und Arbeitsfreudigkeit handelt es sich; ob SPD. oder USPD.-Sozialisten, kann nicht ent-

scheidend sein. Was wir als SPD.-Sozialisten aber ablehnen müssen, ist ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten oder nationalistischen Elementen, die wir als die Zerstörer der Gewerkschaften, diese besten Stützen der Arbeiterschaft, betrachten. Gelingt es uns, Betriebsräte zu finden, mit deren Hilfe die Deutschen Werke mustergültig ausgebaut werden, dann wird damit auch der Sozialismus gewaltig gefördert. (Beifall.)

Die Aussprache führte zu einem regen Meinungsaustausch, in dem die anfänglich vorhandenen Mißverständnisse zerstreut wurden. Von Jänisch wurde hervorgehoben, daß es nicht genüge, Listen zur Aufstellung der Kandidaten heranzureichen, vielmehr sei es dringend erforderlich, die Vorzuschlagenden und deren Ansichten vorher kennen zu lernen. Man müsse doch auch einen Einfluß auf die Kandidaten und eine Kontrolle über ihre Tätigkeit haben. — In diesem Sinne sprachen sich auch Pape und andere Redner aus. Allgemein war man sich darüber einig, daß die Versammlung viel dazu beigetragen habe, die Meinungen zu klären und die Kollegenschaft einander näherzubringen. — Das sprach auch Genosse Wuschit in seinem Schlusswort aus. Unsere Partei habe in den Werken trotz aller Schwierigkeiten ein einzig dastehendes Gebilde geschaffen, das zu erhalten und weiterzuführen eine Aufgabe des Betriebsrates sein müsse. Je mehr die Belegschaft sich näher kennen lerne, desto besser werden die großen sozialen Aufgaben der Deutschen Werke gefördert.

Achtung, Bauklemper, Bauhölzer, Installateure! In Siegenitz (Schlesien) stehen die Bauklemper und Installateure seit dem 21. und die Bauhölzer seit dem 27. Februar im Streik. Der Kampf ist sehr erbittert. Wir bitten daher alle Kollegen und Genossen um Unterstützung, und zwar insofern, daß jeder Berufsgenosse vor Zugang in das Streikgebiet gewarnt oder daran verhindert wird. Ferner ist größte Aufmerksamkeit geboten, daß nicht durch die Annahmen Streikarbeit für die dortigen Handwerksmeister geleistet wird.

Zur drohenden Metallarbeiter-Ausperrung in England, die heute beginnen sollte, meldet Reuters, daß die an dem Verhalten der Arbeitgeber geäußerten Verhandlungen im Maschinenbau nach wie vor aufgenommen werden sollten. Allgemein werde angenommen, daß die Ereignisse eine plötzliche und unerwartete Wendung zum Besseren genommen haben.

Die Polizei habe der Presse eine Abschrift der von der kommunistischen Partei ihren Organisationsleitern im ganzen Lande hinsichtlich der Lohnstreitigkeiten im Maschinen- und Schiffbau erteilten Instruktionen übermittelt. Darin werden die Organisationsleiter dringend ermahnt, alles in ihren Kräften Stehende anzuwenden, um das Zustandekommen einer Einigung zu verhindern, und um alle anderen Branchen zu veranlassen, die Maschinen- und Schiffsbauer zu unterstützen. Diese Unterstützung soll nicht in geldlichen Aufwendungen bestehen, sondern in gemeinsamem Vorgehen als einzig wirksames Mittel des Widerstandes. Die Instruktionen schließen mit den Worten: Die Stunde der Aktion ist da! Zieheth auch alle anderen Gruppen der Arbeiterschaft in den Kampf!

Die Streikbewegung in Johannesburg hat nach einer Rede des Generals Smuts das Land in eine Lage gebracht, die zu den ernstesten gehört, die je in Südafrika eingetreten sei.

Im östlichen und westlichen Grubengebiet hat nach Reuters das Volk die Oberhand. Der Postzug von Kapstadt sei zur Entleitung gebracht worden. In Durban habe der Gewerkschaftsverband den Generalstreik ausgerufen. Unter den Eingeborenen herrsche wachsende Erregung.

Deutscher Transportarbeiterverband, Sektion III, Verkehrsband, Straßen- und Kleinbahnen: Montag abend 6 Uhr im Saal 10 des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 21/23, Versammlung der Delegierten zur dringlichen Generalversammlung und der Sektionsleitungsmitglieder. Vorkonferenz zur Gewerkschaftsversammlung. Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte legitimiert. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Wirtschaft

Aus dem russischen Wirtschaftsleben.

Das Präsidium des Obersten Wirtschaftsrates hat in seiner letzten Sitzung das Statut einer Industrie- und Handelsbank genehmigt. Gründer dieser Bank sind der Oberste Volkswirtschaftsrat, staatliche Handels- und Industrievereinigungen und Privatpersonen. — Das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrates hat die Gründung einer russischen Wollhandelsgesellschaft genehmigt. Die neue Gesellschaft soll die Einsammlung von Wolle und die erste Bearbeitung der Wolle übernehmen. Die Gesellschaft wird sich des Apparates der Textilzentrale bei der Beschaffung der Wolle bedienen können.

Kotierungen der Moskauer Warenbörse. An der Moskauer Warenbörse notierten lesthin, der Wirtschaftszeitung „Ekonomicheskaja Schina“ zufolge: Ein Pud Eisen 1 250 000 Rubel, ein Kilo Anilinrot 6 000 000 Rubel, ein Pud Schwefelsäure 245 000 Rubel, ein Halbpud 500 000 Rubel, eine Maße aus Karakul (Persianer) 850 000 Rubel, ein Kragen aus Karakul 650 000 Rubel, eine Wäsche garnitur 425 000 Rubel, Riemen 102 000 bis 480 000 Rubel per Arschin, ein Pud Kreide 120 000 Rubel, elektrische Lampen 220 000, 650 000, 800 000 Rubel ein Stück, Zündhölzchen 800 000 Rubel eine Kiste, neue Sade 105 000 bis 110 000 Rubel. Auf dem Metallwarenmärkte notierten folgende Preise: Ein Pud sortiertes Eisen 1 000 000 Rubel, ein Pud Refeleisen 1 500 000 Rubel, Schwarzblech 1 000 000 Rubel, Weißblech 1 700 000 Rubel, Instrumentenstahl 9 000 000 Rubel, Silberstahl 4 000 000 Rubel, Bandstahl 3 000 000 Rubel.

Für Naphthaprodukte wurden folgende Preise verlangt: Ein Pud Petroleum 280 000 Rubel, ein Pud weißes Petroleum 3 200 000 Rubel.

Spanisch-südamerikanische Luftschiffahrt. In Cadix wurde eine Gesellschaft mit 800 Millionen Pesetas Aktienkapital gegründet, der europäische und südamerikanische Weltverkehr angehören und die die Eröffnung eines Japelin-Luftschiffverkehrs zwischen Spanien und Südamerika zum Zweck hat. Ein großer Teil des Kapitals ist von Deutschen gezeichnet worden. Die Schiffe werden in Spanien nach deutschen Plänen gebaut werden. Vorerst sollen 3 Schiffe in Betrieb genommen werden, die in 90 Stunden den Ozean überqueren werden. Es wird interessant sein, über die deutschen Mitgründer Näheres zu hören.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Hans Kille, Berlin-Niederschlesien; für Anzeigen: H. Glode, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Verlagsleiter: Paul Singer u. Co., Berlin. Einheitsstr. 1. Dierz 1. Verlag.

Café Zielka. Delteze Gulele, Friedrichstraße, Ecke Leipziger Straße, Tel. 7, 11. Der Leihige Café Die Ohrfolge mit H. Barstern

Dijon *Das weisse Gold* **Wine**

Dijon in L. G. m. b. H. vom Jahre 1810. Unvergessen an Rhein

Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer jetzt von 600.— M. an Ferner Damen-Kostüme, Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig! Pelzwaren: Kreuzfische 400, Zobelische 300, Blau-, Silberfische, Skunks, Wäse, Luchse, Sportpelze 1800, Gehpelze 2000, Pelzmäntel 3300. Keine Lombardwaren.

Ein Tag auf der Leipziger Messe.

Mit „Flaggemeer“ und „Flaggengala“ haben wir heuer begründeterweise nicht viel mehr im Sinn, vielleicht weil wir seinerzeit unbegründet genug davon so kosten getriegt hatten. Es gibt aber eine Stadt in Deutschland, die es auch jetzt noch zweimal im Jahre stolz mit der ganzen verarmten Saisonflaggenrei aufnehmen kann. Unter Wimpeln und buntest gezeichneten Bannern steht die Reichsstadt, allein sie sind nicht mit den Farben bemalt, die uns in der Welt in Mißkredit gebracht haben. Sie sind ganz unpolitischen Charakters. Jede ist mit einem Firmennamen, einer Anpreisung versehen. Die Wimpel und Flaggen flattern so zahllos über dir, daß du ständig das Gefühl hast, du gehst in einer überdachten Straße. So stellt du als erstes fest: Leipzig hat, was es verdient, das Geschäft schwört auf Fahnen.

Die Muster und der Meskonkel.

Zweimal im Jahre ist in Leipzig Messe: Frühjahrs- und Herbstmesse. Dann pulst dort deutsches Wirtschaftsleben. Fast der gesamte deutsche Handel in allen seinen Branchen ist auf der Messe vertreten. Aus allen Teilen des Landes strömen die Verkäufer und Käufer zusammen. Alle Dialekte hört man und auch fast alle Weltsprachen. Das Mehlleben spielt sich in wenigen Tagen ab, in eigens diesem Zweck übergebenen Mespalästen und -hallen. In irgendeinem dieser Gebäude ist jede namhafte deutsche Firma vertreten und hat ihren Stand, an dem sie ihre Waren offeriert. Die verwandten Branchen findest du beisammen. Hier Textil, hier Lederwaren, Koffer und dort Bücher, Kunstblätter und so fort. An den Ständen die Handelnden: Nachfragende und Anbietende. Der Käufer kommt, um seine Bestände zu ergänzen, vor allem aber hofft er, Neues zu finden. Umgekehrt will der Anbietende Neues zeigen. Offiziell heißt die Messe Mustermesse. Das heißt: die ausgestellten Gegenstände sind lediglich Muster. Die Waren werden vom Heimatort in deinen Wohnort geschickt.

„Meskonkel“ heißt im Scherz der Mesbesucher. Du erkennst ihn an einer Marke, die er auf den Rock heftet. Sie berechtigt zum Besuch aller Mesgebäude. Auf dem Meskonkel mußt du sie erwerben. Wenn du auf dem Leipziger Hauptbahnhof eintrittst, spürst du gleich, daß die Stadt unter dem Eindruck der Messe steht; denn Frauen und Kinder bieten Zimmer an. Die Hotels sind unheimlich teuer und alle bejezt. Unwillkürlich denkt man an den alten Witz, daß der Meskonkel unter Umständen in der Kommode schlafen müsse. Doch auch der Wohnungsnachweis des Meskonkels hilft nach Kräften. Und viele, wohl der größte Teil der Mesbesucher, wohnen „privat“. Der Meskonkel muß gepfefferte Preise hören, zahlt sie und verliert deshalb nicht den Mut. Er hofft — und findet es meist bestätigt —, daß das Geschäft es wieder einbringt.

Reklame ist Trumpf!

Ein wichtiger Faktor im Handelsleben ist die Reklame. Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat sie immer mehr an Bedeutung gewonnen. Heute muß jeder Kaufmann werden, Reklame machen, sonst ist er nicht zeitgemäß und leicht bedroht, erdrückt zu werden. Man findet keinen Winkel, der nicht für Reklame ausgenutzt ist. Riesenschilde sind von einem Haus zum anderen quer über die Straße hinweggezogen. Jede sichtbare Hausfront ist reklamebesetzt. Fortgesetzt werden dem Passanten Zettel, Kataloge, farbenprächtige Anpreisungen, Preislisten in die Hand gedrückt. Die Straßenpassanten werden ohne Unterbrechung durch Reklameumzüge gefesselt. Den Zug eröffnet ein richtiggehendes Kamel, das die Reklame einer Schreibfabrik durch die Straßen führt. Es trägt ein Schild mit der Aufschrift: Jeder schreibt mit der X-Feder, nur ich nicht; denn ich bin ein Kamel! Zwei Riesenschreiberkamellen (2 Meter im Durchmesser) werden durch die Straßen gezogen. Tschenuhren, Flaschen in gigantischen Mäßen, aus Pappe hergestellt, folgen. Jungen, als Rösche verkleidet, tragen Riesenschmuckstücke. Eine Weihnachtbaumschmuckfabrik läßt wieder geschmückte Tannenbäume zeigen. Mannshohe Büffel, riesengroße Rollen Kautschuk preisen sich an: Kauft uns, kauft uns! Ein Jockey bläst und quakt auf einem jämmerlichen Instrument, lenkt dadurch die Aufmerksamkeit auf sich und zeigt fortgesetzt ein Patentzigarettenetui. Einen jedoch wird mancher beneiden haben, er zeigt nämlich eine praktische Vorrichtung, die einem im Eisenbahnstapel stehend ein bequemes Schlafen ermöglicht. Er „schläft“ den Mesbesuchern etwas

vor, und mancher dachte: das ist einer der wenigen Glücklichen, die schlafend ihr Brot verdienen. Auf Schritt und Tritt springt die Reklame in die Augen. Und alles schreit dich an: Kaufe mich, ich bin unübertroffen! Schließlich bist du ganz verwirrt und weißt weder was das Beste ist, noch was du kaufen sollst. Dem anderen Kaufmann aber kommt es darauf an, seine Ware immer wieder zu zeigen. Immer wieder soll sie dir vor die Augen kommen. Das Kennwort prägt sich schließlich doch ein.

Auf der Straße.

Man wird sich lebhaft vorstellen können, daß hier, wo die Mesbesucher nach Hunderttausenden zählen, ein reges Leben und Treiben das Straßenbild beherrscht. Es ist eine schwarze Masse, die sich langsam schiebt. Jeder hat das Bedürfnis, etwas zu sagen, und so entsteht ein ewiges Gemurmel und Geburme. Würde aus den alten Märchen irgendein Kiesel auferstehen, sich mit beiden Ellenbogen auf einen Mespalast stützen und gemächlich in das Treiben schauen, er würde das Gefühl haben, das sich unserer bemächtigt, wenn wir in ein frisch zerstörtes Ameisenneßt blicken. — Ein tolles Leben und Treiben. Durch die schiebende Menschenmenge quetschen sich unter ununterbrochenen Hupensignolen die Autos. Langsam, langsam! Nur ein Amerikaner fährt in einem durchaus normalen, hier unverachtet wirkenden Tempo. Gleich brüllt ihn ein Schuhmann an, wie ihm 'n Sache brüllen kann: „Hier wärd langsam gefahren, verständig Se!“ Herannahende, ewiges Rhabarbergemurmel, dazwischen wieder schreien Ausrufers, preisen an. Die Zeitungsblätter glauben dadurch nicht verstanden zu werden und brüllen noch lauter. Wieder ertönt eine auffällige schnarrende Sirene. Du drehst dich um und siehst einen gelben Niesenwalsch, der das Maul sperrweit aufreißt, sich durch die Menge wängeln. Ungeöhnlich erscheint dir an dem Walsch, daß er hinten Benzin ausstinkt. Der Wal preißt ein Jahnputzmittel an. So wogt es ewig durch die Straßen.

Das Leben in den Mespalästen ist nicht anders. Du stehst vor den Fahrstühlen und lebst nun, daß dieser durchfährt bis zum fünften Obergeschloß, jener in jedem Stockwerk hält, der andere wieder nur vom 1. oder 2. Untergeschloß abfährt. Offiziell beginnt die Messe um 8 Uhr früh, doch findest du um diese Zeit nur wenige Verkäufer. Das Leben beginnt erst allmählich, und etwa um 10 Uhr kann man von einem „Vollbetrieb“ sprechen. Draußen das tolle Treiben ist nur ein Drum und Dran. Draußen siehst du nur den großen Reklameapparat, der die Käufer an die Stände locken soll.

Um 7 Uhr ist Schluss. Das ganze Messeleben zieht nun auf die Straße. Von jetzt ab sind alle Restaurants und Cafés, die schon am Tage Vollbetrieb hatten, im wahrsten Sinne des Wortes überfüllt. Der Hochbetrieb der Freuden, woran das Viehe-Klein-Paris wahrlich nicht arm ist, beginnt sich zu entwickeln. Es gibt genug Meskonkel, die keine Kostverächter sind. Auch sehen ihnen die Scheine losse und darauf kommt es ja an. So wogt das Leben bis spät in die Nacht hinein.

Der Herr Hund.

Heran faßt die Straßenbahn und hält, denn es ist eine Haltestelle da. Kein Mensch steht an der Haltestelle, wohl aber ein gut gewachsener Polizeihund, der schlaue Ohren macht.

Wie gefogt, der Straßenbahnwagen hält, und der Polizeihund steht ganz allein da. Er steigt auch in der Tat ganz allein in den Straßenbahnwagen. Mit einem eleganten, sehr selbstbewußten Hüpfen ist er oben, windet sich durch die stehenden Fahrgäste hindurch und geht, wieder sehr sicher und selbstbewußt, als ob er das alle Tage täte, den Mittelgang entlang, dreht sich, an der Bordertür angekommen, um und seht sich nieder. Man ist versucht zu sagen: Der Herr Hund! so selbstsicher sitzt er da. Und er spitzt auch wieder die Ohren, und da ist ihm natürlich sofort ein jeder in dem Wagen gut, denn wenn ein Hund die Ohren spitzt, siehst er betamlich so „surchbar schlau“ aus, und dann kann kein Mensch einem Hund böse sein.

Die Menschen im Wagen wundern sich ein wenig, daß der Hund so ganz allein an der Bordertür sitzt und seelenruhig die Ohren spitzt.

Die Menschen im Wagen denken: Herrchen wird draußen stehen und mit nicht wenig Stolz auf seinen Hund blicken. Herrchen ist aber, wie gefogt, gar nicht dabei. Der Hund fährt ganz allein.

Noch einer Weile erhebt sich der Herr Hund und spaziert durch den Wagen zur Ausgangstür. Der Schaffner zieht die Leine. Der Wagen hält. Der Herr Hund bellt und springt gelassen herab, geht über den Fahrdamm und verschwindet in dem nächstgelegenen Haus. Die Leute auf dem Straßenbahnwagen haben Unterhaltungsstoff für drei Tage.

Auf welcher Linie und wo das passiert ist, möchte man wissen. In Berlin nicht. In Berlin kann so etwas nicht passieren. Der Schaffner würde es nicht dulden, laut Instruktion. Man stelle sich vor, der Schaffner ruft: Wer hat noch keinen Fahrschein? und der Hund meldet sich nicht. Dann müßte er, abgefaßt, Strafe zahlen. Und kann doch nicht. Der Wagen müßte halten, und ein Schupo müßte kommen. Und schließlich würde es ein langes polizeiliches Ermittlungsverfahren und einen fürchterlichen Rechtsstreit geben. Gräßlich.

Die Geschichte mit dem Herrn Hund hat sich vor kurzem in Nürnberg zugetragen, und ein Freund unseres Blattes hat sie uns im Anschluß an unseren Beitrag über bayerische Gemütlichkeit mitgeteilt, einmal um zu zeigen, wie „Gemütlichkeit“ in Bayern selbst aussieht, und dann allen Hundesfreunden und solchen, die es werden wollen, zur Freude, den Hundegegnern aber zur Belehrung darüber, wie klug doch so ein Herr Hund sein kann. Und vor allen Dingen wie selbständig und selbstbewußt.

Aus der Bilanzauflistung eines Hauswirts.

Wenn man Hauswirte reden hört, könnte man glauben, daß die meisten bei der Bewirtschaftung ihrer Häuser jetzt bares Geld zulegen. Manche bemühen sich, das auch dem Mietlingsamt glaubhaft zu machen, wenn sie mit ihren Mietern wegen Mieterhöhung oder Reparaturkosten in Streit liegen. Daß zuweilen die aufgestellten Bilanzen tatsächlich mit einem als „Zubüße“ bezeichneten Betrag abschließen, wirkt „überzeugend“ auf Mieter, die nicht genau hinsehen. Als „Ausgaben“ sind nämlich auch in Rechnung gestellt, die 5 Proz. Zinsen des in dem Hause stehenden eigenen Kapitals und 1/2 Proz. vom gemeinen Wert des Grundstückes als Entschädigung für die oft vom Hauswirt mitbeforgte Verwaltung. Diese Beträge zieht der Wirt von den Einnahmen ab. Wenn er selber Verwalter spielt, beansprucht er auch dessen Entschädigung für sich. Da kann dann leicht im Abschluß eine „Zubüße“ herauskommen, die wie eine vom Wirt geleistete Barzahlung aussieht, obwohl er tatsächlich noch eine Bareinnahme hatte.

Es versteht sich von selber, daß in der Bilanz alle sonstigen Aufwendungen für das Haus nicht fehlen, hinter den Hypothekenzinsen die Grundsteuern, Kanalisationsgebühren, Müllabfuhrgebühren, Schornsteinfegergeld, Wasserkosten, Beleuchtungskosten, Portierlohn, Feuerversicherung usw. usw. und schließlich die Kosten aller „notwendigen“ Reparaturen. Unter dieser letzten Rubrik finden wir in einer uns vorgelegten Bilanz nicht nur die Zahlungen an Tischler, Maler, Schlosser, Lötger, Klempner, Glaser usw., sondern auch die Ausgaben für Scheuerbüchse, Spiritus und Docht, Grassamen, Rattengift, Mietverträge und sogar 30 M. „Mitgliedsbeitrag“. Hier handelt es sich offenbar um den Beitrag zum Grundbesitzerverein; der die unbedingt „notwendige“ Reparatur des Geldbretels der Hauswirte, d. h. die Steigerung ihrer Hausüberschüsse, zu besorgen hat. Das fehlt noch, daß selbst dafür die Mieter büßen sollen.

Stillschleichenverbrechen eines türkischen Offiziers. Wegen Stillschleichenverbrechens, begangen an der 12jährigen Margarete C., die in Lichtenberg bei den Eltern wohnt, wurde der in demselben Hause wohnende 22 Jahre alte türkische Leutnant z. S. Ismail Kemsi in der vergangenen Nacht von der Kriminalpolizei festgenommen.

23 Graber gestohlen. Die Metallbleche, deren Treiben erschreckend zumutet, haben in der Nacht zu gestern auf dem Kirchhof der St. Michael-Gemeinde an der Hermannstraße zu Restfällen wieder besonders arg gehaust. Von nicht weniger als 23 Grabmälern haben sie die bronzenen Christus- und Engelsfiguren abgeschlagen und geraubt.

Die Macht der Lüge.

Roman von Johann Bojer.

(Aus dem Norwegischen überseht von Reinhard Carrière.)

Copyright 1922 by Georg Müller Verlag, München.

„Ich hätte uns doch zum Abendmahl anmelden sollen,“ bedachte er jetzt, als er sah, daß es noch ein langes Stück bis zum Lande war. „All diese Ideen sind ja schön und gut, aber es ist doch nicht gefogt, daß damit genug getan ist, wenn einer vor seinem Herrgott treten soll.“ Aber es war ja noch Zeit genug, zum Küster zu schicken, — wenn er nur erst mit heiler Haut an Land war.

Endlich ist er auf der sicheren, hartgefrorenen Chaussee. Bestreit atmete er tief auf und ließ das ganz naß geschwitzte Pferd Schritt gehen. Aber der Rappe wollte in den Stall und fing bald wieder an zu traben.

Laut und voll Klang das Schellengeläut im Walde. Die Tannen hingen ihre schneebedeckten Zweige über sein Haupt, und ab und zu konnte er den sternbesetzten Himmel erblicken.

Nun kam er an Höfen vorbei, deren Fenster erleuchtet waren. Und deren größter, dort oben am Hang, das war Rud, und seine Feinde behaupteten, der wäre größer als Norby. Da wohnte sein großer Widerpart, der mächtige Wads Herlussen.

Zu Hause, von seiner Bohnstube aus, konnte Bauer Norby diesen Hof sehen. Und mit der Zeit konnte er gar nicht mehr an Herlussen denken, ohne gleichzeitig im Geiste diese Gebäude, den Wald, der sie umgab, die Höhe dahinter, zu sehen — das Ganze war ein Bergteufel, der seinen Kopf zum Himmel streckte, und das Ganze war Wads Herlussen, der dort sah und Norby nicht aus den Augen ließ.

„Und wenn der das hört? Der wird sich schön ins Fräuschen laden.“

Als da draußen auf dem Eise Lebensgefahr drohte, war die Erbitterung fortgewesen, nun tauchte sie wieder auf, und so fiel ihm ein, wie er mehrmals in der Stadt den Kaufmann Wangen hatte betrunken gesehen. „Und dem Kerl hast du geholfen!“

Endlich biegt er in eine Allee ein, an deren Ende sich die dunkle Häusergruppe von Norby über den Wald erhebt. Im großen Wohngebäude waren nur einige wenige Fenster erhellt. Mit Freudegeheul springt ihm ein großer, schwarzer Hund entgegen und stellt sich dem Pferde in den Weg, das nach ihm heißt.

Der Stallknecht kam mit einer Laterne und nahm das

Pferd am Zaum, während Norby, steif vom langen Stillstehen, sich aus dem Schlitten arbeitete.

Auf den großen Hofraum, der auf drei Seiten von Ställen und Scheunen eingeschlossen war, fielen flackernde Lichter über den Schnee, wie so die Leute mit Laternen aus und ein gingen. Aber links vor der Scheune lag ein kleines Haus ganz für sich. Da wohnten die alten, abgedankten Dienstmleute, die das Gnadenbrot bekamen, denn Norby wollte sie nicht der Gemeinde zur Last fallen lassen.

„Ded“ dem Rappen die warme Decke über und gib ihm gleich zu laufen!“ sagte der Bauer zum Stallknecht, dann ging er mit der Peitsche in der Hand schwerfällig die Treppe hinauf, der Hund hinter ihm her.

2.

Marit Norby hatte ein stolzes Wesen. — Gegen die Bäuerinnen, denn auf die sah sie herab. Gegen die Frauen der Honoratioren, denn da hatte sie Angst, die könnten auf sie herabsehen.

„Wir hier auf dem Lande,“ pflegte sie zu sagen, „wir können natürlich nicht so mit.“ Und dabei hatte sie ein eigenes Lächeln.

„Du kommst spät,“ meinte sie, als Knut in die Stube trat. Sie sah mit ihrem Strickzeug in dem kleinen Zimmer zwischen der Küche und den großen Stuben. Aus dem silbergrauen Haar sah ihr — gerade wie der Pfarrersfrau — ein kleines Häubchen über dem immer noch feinen und hübschen Gesicht mit dem energischen Mund und vorstrebendem Kinn.

„Die Schulstunde hat so lange gedauert,“ sagte Knut, blieb am Ofen stehen und rieb sich die Hände.

„Wie ging's denn?“ fragte sie und meinte den Antrag, für den sich Knut hatte einsehen wollen.

„Für die Kuh war's natürlich,“ sagte Knut und drehte sich mit dem Rücken zum Ofen. Er glaubte bei seiner Frau ein spöttisches Witzeln zu entdecken, — da saß eine dumpe Wit in ihm auf. Es war doch genug, daß fremde Menschen ihn heute schon geplagt hatten, sollte es zu Hause jetzt auch noch damit anfangen? Natürlich, da sah sie und hielt ihn für einen Schlapptiefel. Und wenn sie nun noch die Geschichte mit Wangen erfuhr?

„Ja, Knut, ich glaube, du ziehst immer den Kürzeren,“ sagte sie und steckte eine Stricknadel ins Haar.

„Immer? Ich denke ja gar nicht daran!“

Den Ton kannte sie und wich geschickt aus: „Doch,“ sagte sie und nahm die Stricknadel wieder aus dem Haar, — „du bist immer viel zu gutmütig. Aber die Leute, die keinen Schilling ihr eigen nennen und keinen Pfennig Steuern zahlen, die

regieren und kommandieren uns, und wir — wir dürfen denke schön sagen und bezahlen.“

Das war ein hübsches Pflaster, denn damit sagte sie gerade den Wunsch, den er selber immer im Munde führte.

„Du hast wohl auch schon gehört, wie's mit Wangen gegangen ist,“ sagte sie und lächelte in ihr Strickzeug.

„Teufel, weiß sie das auch schon,“ dachte er. Da stand er am Ofen, die Hände auf dem Rücken, — mit seinem schwarzen Bart und seinem Kahlkopf, mit der blauen Cheviotjacke, die ihm stramm über der breiten Brust und seinem stattlichen Büchlein saß. Der große Kopf sah ihm müde auf die Brust. Er schielte zu ihr hin. Er fühlte sich nämlich außerstande zu irgendeiner Auseinandersetzung heute abend. Er war viele Stunden draußen in der Kälte gewesen, und hier drinnen war es so warm, er fühlte, wie er immer müder und unfähiger wurde.

„Natürlich,“ gähnte er, „wer hätte gedacht, daß es so mit ihm kommen würde!“

Sie lächelte so ein bißchen spöttlich: „Mir ist, als hättest du das in letzter Zeit recht häufig prophezeit, — aber du kannst wahrhaftig von Glück sagen, du hast ja keinerlei Beziehungen zu ihm.“

„Sie weiß nichts,“ dachte Norby etwas erleichtert: „Tja,“ brumnte er unbestimmt, und die Augen fielen ihm wieder zu. Heut abend war er weder wegen des Abendmahles, noch wegen dieses Wagens irgendwie noch zu etwas fähig.

Da hörte er im Nebenzimmer eine bekannte Stimme loskrähen, und das war eine willkommene Gelegenheit, aus der Stube zu schlüpfen.

Da drinnen sah seine Schwiegertochter, die dampfende Waschlösche mitten auf dem Boden, und war dabei, ihr zwei-jähriges Bübchen fürs Bad auszuziehen.

Der alte Bauer blieb an der Türe stehen, und sein müdes Gesicht wurde auf einmal lebendig, wie die junge, blonde Mutter zu dem Kleinen geheimnisvoll sagte: „Wer kommt da?“ Das Kind sah mit seinen großen, runden Augen auf den Großvater und machte etwas verlegen. Und kaum war das Hemdchen über seinen Kopf gezogen, da ließ es sich auch schon auf den Boden gleiten, um zu Norby hinzulaufen. Aber erst einmal freigeformten, entdeckte der Bub, daß er splitterfasernad war, und das war ihm doch noch interessanter, als der Großvater. Das kleine, magere Körperchen hing an, auf dem Boden hin und her zu laufen, er klatschte sich auf seinen kleinen Bauch und jubelte. Dann bemerkte er seine kleinen Brustwarzen und setzte den Zeigefinger darauf, ließ wieder der Mutter weg, die nach ihm griff, und fröhlich siegestoß, als er ihr entwich. Der alte Bauer mußte sich vor Lachen hinsetzen.

(Fortsetzung folgt.)

Kommunale Grünflächenpolitik.

Die Wuhlheide als Volkspark.

Mit wirklicher Freude kann man feststellen, daß der Gedanke der Spiel- und Sportplätze nahezu Allgemeingut aller Berliner Bevölkerung geworden ist. Ein ganz großzügiger Plan ist im Bereich des Bezirks 15 (Trepower) im Gange. Nach einem Vortrag des städtischen Gartendirektors Broderien in einer kleinen Magistratskommissionsitzung hat sich die letzte Bezirksversammlung einstimmig bereit erklärt, mit einem Aufwand von 7 1/2 Millionen Mark in der Wuhlheide einen großen modernen Spiel- und Sportplatz anzulegen. Die Arbeiten dafür sollen gleich in Angriff genommen werden und werden 150 Arbeitern auf etwa 700 Tage Beschäftigung geben. Wuhlheide, Plänterwald und Trepower Park werden dann vom Schließlichen Tor ab eine fast ununterbrochene riesige Grünfläche für den Osten und Südosten bilden. Auch im Bereich des 16. Bezirks (Köpenick), und zwar auf der Baumgarteninsel, wird nach einem einstimmig gefassten Beschluß der Bezirksversammlung ein Spiel- und Sportplatz angelegt werden. Auf der anderen Seite aber haben sich die Bürgerlichen in den Gedanken, daß einzig und allein der Privatunternehmer Existenzberechtigung habe, berart verrannt, daß sie selbst auf diesem heißen Gebiet vor einer reinen Demonstrationspolitik nicht zurückweichen. Bezeichnend ist ein Fall im 16. Bezirk (Köpenick). Infolge des Anschlusses der dortigen Elektrizitätsleitung an die Berliner Werke konnte das Köpenicker Werk stillgelegt und dadurch eine Ersparnis von 800 000 M. erzielt werden. Die Bürgerlichen beantragten aber trotzdem Verpachtung der Anlagen an Privatunternehmer, waren aber nicht in der Lage, ihre theoretisierende Vorliebe für den Privatunternehmer durch annehmbare und ausführbare Vorschläge über praktische Verwertung der Anlagen in die Tat umzusetzen. Infolgedessen wurde natürlich die Stilllegung der Werke gegen die Stimmen der Bürgerlichen beschloffen.

Das Kaisertelegramm der Oberlehrerin Sachse.

Eine stürmische Debatte zeitigte in der Versammlung des Bezirks 14 (Neukölln) die Anfrage der SPD-Fraktion, des von der Oberlehrerin Frau Sachse am städtischen Gymnasium I an dem Geburtstag des verstorbenen Kaisers an diesen gerichteten und abgedruckten Glückwunschgramms. Unser Redner Genosse Urndt fand scharfe Worte gegen die deutschnationale Oberlehrerin, verlangte, daß die Lehrpersonen auf Grund ihres Eides soll und ganz im Sinne der Republik arbeiten und wünschte von Seiten des Bezirksamtes energisches Einschreiten. Auch die Unabhängigen und Kommunisten gingen scharf vor, während der deutschnationale Dr. Bierbach erklärte, er würde genau so handeln wie die Lehrerin. Sodann versuchte er die ganze Angelegen-

heit lächerlich zu machen. Bemerkenswert war das Verhalten des demokratischen Lehrers Erner. Einerseits rückte er von der Rede des Deutschnationalen ab, andererseits aber tat ihm das Schicksal Wilhelm's II. sehr her. Stadtrat Dr. Böwenstein gab das Untersuchungsergebnis, das sich mit den Ausführungen des Genossen Urndt deckt, bekannt; es wurde ein Weitergehen der Angelegenheit an das Provinzialschulkollegium angefragt.

Mitlungene Bezirksnothilfe im 16. Bezirk.

Einen netten Reinsfall erlitten die Bürgerlichen in der Versammlung des 16. Bezirks (Köpenick), diesmal aber ohne die Demokraten. Dort hatten sie nicht weniger als drei Anträge eingebracht, die sämtlich den Zweck hatten, für den Fall künftiger Streiks eine Bezirksnothilfe zu gründen. Ihr Antrag wurde abgelehnt. Nun greiften sie, und wie trostlose Kinder erhoben sie sich von ihren Plätzen und verließen geschlossen das Lokal. Natürlich in der Absicht, die Weiterverhandlung unmöglich zu machen. Aber sie hatten sich in ihrer Stärke verrechnet. Der Rest war beschlußfähig, tagte weiter und nahm mit den Demokraten die Wahl einer Jugendwohlfahrtskommission vor, der als Bezirksverordneter Genosse Galle und als Bürgerdeputierter Genosse Böttcher angehören.

Drangsalierung der Linken im 12. Bezirk.

Auch der Gemeindefreierstreik hat in einigen Bezirksversammlungen noch zu Verhandlungen und Aussproch geführt. Der 12. Bezirk (Steglitz-Lichterfelde) hat wohl nach dem Gemeindefreierstreik am rückständigsten gemahregelt. Eine partielle Kommission wurde zur Nachprüfung der Entlohnungen nicht eingesetzt, weil der Magistrat sie „nicht schriftlich, sondern nur telephonisch empfohlen“ habe. Im 12. Bezirk will man aber nicht einmal zulassen, daß die Maßregelungen besprochen werden! Unter Führung der Deutschnationalen schlossen die Volksparteier in der jüngsten Bezirksversammlung die Debatte, bevor die Linke, im besonderen die Sozialdemokraten, zu Worte gekommen waren. Das schlug dem Hoch den Boden aus. Beim nächsten Tagesordnungspunkt begann unter Ausnutzung aller Rechte der Geschäftsordnung die Opposition der Linken. Die Rechte, unterstützt durch den Bezirksvorsteher Schwarz — er ist auch stellvertretender Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung — versuchte mit allen, auch mit illegalen Mitteln, die Linke mundtot zu machen. Das führte zu erheblichen Zusammenstößen.

Ein Führer der Deutschen Volkspartei kündigte an, daß man die Geschäftsordnung dahin ändern wolle, daß erst 15 Unterschriften zur Stellung eines Antrages ausreichen sollen. Damit würde im

12. Bezirk die Linke und die Rechte mit je 13 Mandaten zugunsten der Deutschen Volkspartei entrechtet werden. Die Demokraten marschieren mit der Volkspartei durch die d. d. und d. n. Im 12. Bezirk stehen deshalb scharfe Konflikte bevor.

In der Bezirksversammlung des 10. Kreises (Zehlendorf) gab es eine Auseinandersetzung wegen Erhöhung der Abfuhrpreise für Fäkalien und Müll. Vor einiger Zeit schon hatte das Bezirksamt Erhöhung beantragt, die mit allen gegen die sozialistischen Stimmen abgelehnt wurde. Inzwischen hat sich die Deutsche Volkspartei eines Besseren bedonnen, so daß nunmehr die erneut eingebrachte Vorlage mit allen gegen die deutschnationalen Stimmen angenommen wurde. Ein volksparteilicher Hausbesitzer sprach sich sehr empört über seine deutschnationalen Klassengenossen aus. Das Bezirksamt war gezwungen, die Müllabfuhr zu dem vor dem 1. Oktober gültigen, billigen Preise zu besorgen. Daraus ergab sich ein Zwang zur Ueberweisung des Etats. Unsere Genossen nagelten fest, daß trotzdem die Deutschnationalen auch diesmal nicht zur Bewilligung der Erhöhung zu bewegen waren.

Arbeitersport.

Fußballspiele der Arbeitervereine. Das Teufelsdröckchen zwischen Teufelsdröckchen und Teufelsdröckchen 1922 findet nicht wie beabsichtigt in Etzolden sondern in Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße (Trepower-Park) statt.

Katholische Gedächtnisfeier werden am Sonntag, den 12. März, ausgeschrieben. Auf den Plätzen an der Schönhauser Allee: 12.11. — Roland II, 9-10.12 Uhr (Roth-Schulz); 12.11. — Roland II, 10.12-11 Uhr (Roth-Schulz); 12.11. — Roland I, 1-2.12 Uhr (Tippel-Tippel); 12.11. — Roland II, 2-3.12 Uhr (Tippel-Tippel); 12.11. — Roland I, 3-4.12 Uhr (Tippel-Tippel); 12.11. — Roland II, 4-5.12 Uhr (Tippel-Tippel). — Turnplatz in Wilmsdorf, Wilmsdorfer Straße: 12.11. — Roland I, 10.12-11 Uhr (Riese-Riese).

Weinbrand, Liköre
Landauer & Machold
Heilbronn a. N. Gegr. 1861

Vertreter: Karl Kars, Potsdam, Bismarckstr. 3. Fernsprecher: Amt Potsdam Nr. 366 = Wilhelm Westel, Berlin-Wilmersdorf, Mecklenburgerstraße 20, Fernsprecher: Amt Pflaumburg Nr. 3400.

Theater, Lustspiele usw.

Opernhaus
Der Troubadour
7 1/2 Uhr

Schauspielhaus
Lumpazivagabundus
7 1/2 Uhr

Deutsch. Theat.
7 Uhr 2.1. Male: Judith
Sonntag 7: Judith

Kammerspiele
8: Anatol
8.12. Die deutschen Kleinstädter
8: Anatol

Gr. Schauspielh.
(Karinberg)
7 1/2: Orpheus in der Unterwelt
5 1/2: Dantons Tod
7 1/2: Orpheus in der Unterwelt

Theater l. d. Königgrätz. Str.
Täglich 7.30 Uhr: Die wunderlichen Geschichten d. Kapellmeisters Kreisler

Komödienhaus
7.30 Uhr:
Karusell
mit Maria Orska, Joh. Riemann, Ralph Art. Roberts

Berliner Theat.
7.30 Uhr:
Einer von unsere Leut'
Carl Clewing, Oscar Sabo, Leonh. Heeskel, Meilita Klefer

Residenz Theat.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Eine Frau ohne Bedeutung
Triesch, Arnskiot, Bertens, Korff, Sandrock, Schindler

Trianon-Theat.
Täglich 8 Uhr:
Elga
V. Gerhart Hauptmann, Conrad Veldt, Jos. Klein, W. Schandow, Eil. Tietz

Kleines Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzoilen?
(Junkeremann, Albers, Schönemann)

Th. Internat. S. U.
SCALA
Varieté
Sonst. 7 1/2. Halb. Fr. d. voll. Progr.

Komische
7 1/2 Oper 7 1/2
Dfr. Jam. Klein
Letzter Monat
Die große Revue
Der Herr der Welt
Max Land, Bruno Kautner, Sascha Dura, Wilh. Harstein, Franz Gross, Paul Westermeyer, Lotte Werkschler, Heria Richter, Erna Alberti

Central-Theater
7 1/2: Das Detektivmüdel
Deutsches Opernhaus
7 1/2: Der Neg. Holländer
Friedr. Wilhelmstr. 7
Intimes Theater
8.12. Bubi will nicht Die Paltsche und 3 Kleine. Schauspielhaus
7 1/2: Der keusche Lebemann
Lustspielhaus
8 Uhr: Der Werwolf
Metropol-Theater
7 1/2: Die Bajadere
Neues Operetten-Th.
7 Uhr: Lady Chic
Neues Operettenhaus
Schönebe., Hauptstr. 144
7 1/2: Schäm' Dich, Lotte
Neues Theater am Zoo
7 1/2: Scampolo
Neues Volkstheater
7 1/2: Heuchler
Schiller-Th. Charibg.
8 Uhr: Wilhelm Tell
8 Uhr: Pr. Friedrich von Homburg
Schloßpark-Th. Biegwitz
Schloßstr. 4
7 1/2: Phyllis
Thalia-Theater
7 1/2: Die Herren von und zu...
Theat. am Nollendorfpl.
7 1/2: Carmen
Theater des Westens
7 1/2: Der Tanz ins Glück
Th. l. d. Kommandant. Str.
8 Uhr: Bunbury
Wallner-Theater
7 1/2: Die Spitzenkönigin
Waltha-Theater
7 1/2: D. Liebe Augustin

Alhambra
Varieté
a. Moritzplatz
Senta Söneland
In ihr Sketch
Kesse Bolle
und das gewaltige März-Progr.
5-20 M.

Apollo
8 U. Theater 8 U.
Dfr. Jam. Klein
Sonntag wachm.
3 1/2 Uhr:
Der Venusberg
Jed. Erwachsene ein Kind frei
Ermäßigte Preise
Allabendlich
Naturalistisches Ballett
Der Venusberg
30
Paul Beckers
sowie eine Anzahl Varieté-Scenz.
Vorkauf ununterbrochen!

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr:
Futuristisch. Karneval
Die Prinzessin v. Tragant im Gespensterschloß
Sonntag wachm. 3 1/2 Uhr
Putur. Karneval etc.

FOLIES CAPRICE
Linsenstr. 122
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Klavierspartie
Auf der Amanda!
"Sensation" mit Ferd. Grünecker, K. Beryl usw.
Wühlföhne
kauft Zirkus, Exzj. gerstraße 98. 7-9

CIRCUS BUSCH
Tel. 776. Sie auch NU
Am Sonntag!
2x 7 1/2 Uhr
10 fessende Circus-Sensationen
1 Uhr: 1 Kind frei
Robinson Crusoe
7 1/2: Störtebeker
Potsdamer Straße 19
Ecke Margaretenstr.

WINTERSPORT
Madeschau 1922
sowie der große Variété-Spielplan!
Rauchen gestattet
Bilanz am 31. Juli 1922
Aktiva.

Waren	416 164,77
Bankguth.	37 400,-
Umsatz	464,-
Materialien	12 307,00
Schulden	2 707,75
Bilanz	1 607,02
Bank I	2 250,00
Bank II	2 408,54
Kasse	2 850,32
Kassentr. d. d. d.	10 000,70
div. d. d.	1 822,43
Rückstellungen	2 850,-
Umsatz	1 000,-
div. III	400,-
Grundstück I	67 657,-
div. II	87 614,-
So. 408 790,98	

Passiva.

Geldguth.	78 014,00
Kassentr.	17 806,82
Bankguth.	187 180,85
Bankguth.	18,-
Bankguth.	7 700,-
Bankguth.	107 888,97
Bankguth.	36 114,97
Bankguth.	2 800,-
Bankguth.	46 991,40
Bankguth.	2 850,32
Bankguth.	107 000,-
Bankguth.	65 790,98

Waldemar Kartstein
in 6. lustiger. Sketch
Die Ohrfeige
Außerdem ein Riesen-Programm
4 1/2 Täglich. 4 1/2 Nachmittags-Vorstellungen

WINTERSPORT
Madeschau 1922
sowie der große Variété-Spielplan!
Rauchen gestattet
Bilanz am 31. Juli 1922
Aktiva.

Waren	416 164,77
Bankguth.	37 400,-
Umsatz	464,-
Materialien	12 307,00
Schulden	2 707,75
Bilanz	1 607,02
Bank I	2 250,00
Bank II	2 408,54
Kasse	2 850,32
Kassentr. d. d. d.	10 000,70
div. d. d.	1 822,43
Rückstellungen	2 850,-
Umsatz	1 000,-
div. III	400,-
Grundstück I	67 657,-
div. II	87 614,-
So. 408 790,98	

Passiva.

Geldguth.	78 014,00
Kassentr.	17 806,82
Bankguth.	187 180,85
Bankguth.	18,-
Bankguth.	7 700,-
Bankguth.	107 888,97
Bankguth.	36 114,97
Bankguth.	2 800,-
Bankguth.	46 991,40
Bankguth.	2 850,32
Bankguth.	107 000,-
Bankguth.	65 790,98

Casino-Theater
Lothring. Str. 37 Tägl. 7 1/2.
Die neue Berliner Posse
Familie Gänselein
Vorher: Lachende Liebe
Ges.-Posse m. d. neuesten Schläger „Bummeltröt“
Stg. 3 1/2: Eigenes Lieben

Theat. u. Kottb. Ter
Tel. 1021. 16077
Tägl. 7 1/2 Uhr.
8.12. n. m. 3.11.
Elite-Sänger
19 Personen!
Mit 1. Komit!
Mit 1. Komit!
Tel. 11. 1. 1. 4-6

Zahn-Atelier H. Knapp vorm. Feucker
Sprechstunden 9-11. 5-6. Sonntags 10-12
Kottbuser Damm 70-71. Telefon: Mpl. 7827

Büdereigenen „Berlin“ e. G. m. b. H., Urbanstr. 70a
Bilanz per 1. Januar 1922

6. 1.	6. 2.
Wahl-Ste.	Wahl-Ste.
6. 3. G.	6. 3. G.
6. 4. G.	6. 4. G.
6. 5. G.	6. 5. G.
6. 6. G.	6. 6. G.
6. 7. G.	6. 7. G.
6. 8. G.	6. 8. G.
6. 9. G.	6. 9. G.
6. 10. G.	6. 10. G.
6. 11. G.	6. 11. G.
6. 12. G.	6. 12. G.
6. 13. G.	6. 13. G.
6. 14. G.	6. 14. G.
6. 15. G.	6. 15. G.
6. 16. G.	6. 16. G.
6. 17. G.	6. 17. G.
6. 18. G.	6. 18. G.
6. 19. G.	6. 19. G.
6. 20. G.	6. 20. G.
6. 21. G.	6. 21. G.
6. 22. G.	6. 22. G.
6. 23. G.	6. 23. G.
6. 24. G.	6. 24. G.
6. 25. G.	6. 25. G.
6. 26. G.	6. 26. G.
6. 27. G.	6. 27. G.
6. 28. G.	6. 28. G.
6. 29. G.	6. 29. G.
6. 30. G.	6. 30. G.

Plus 1 Pfennig
etwa kostet eine Süßstoff-Tablette.
Sie genügt für eine Tasse Kaffee, Tee, Kakao usw.
Rein im Geschmack und gut bekömmlich.
In Schockeln mit 100, 200 und 500 Stück.
Zum Süßen größerer Mengen verwendet man noch besser Kristall-Süßstoff in H-Briefchen.
Erhältlich in Kolonialwaren, Drogeriehandlungen und Apotheken

Stabrennen Mariendorf
Sonntag, den 12. März, nachmittags 1 Uhr
für Wilmsdorfer Renn-Club (e. V.)
7 Rennen
Gesamtpreis M. 155 000.-

ES KLINGT IM STURM EIN ALTES LIED
J. Bruhns:
Ein neues Buch aus der Reihezeit der Arbeiterbewegung für jung und alt, über das Reichstagspräsident L. B. d. schreibt: ... Meine Freunde über das Werk ist groß. Ich habe mich schon einige Kapitel angeeignet, die ich meinem elstehenden Jungen zum Lesen vorlegen will, damit er früh, unter wech schweren Verhältnissen die besten unserer Volkstümper ihre Arbeit begonnen haben ...
PREIS 20 MARK
schon gebunden
Buchhandlung Vorwärts
Berlin S.D. 68, Lindenstraße 2

Quecksilber
kauft höchstzählend
Heinrich Trapp, Beuthstr. 10
(Laden nahe Spittelmarkt)

Kaliklora
(12 echte Perlen im Werte von Mk. 150 000.-)
ist jetzt die dritte Perle gefunden worden.
Fundort München. Die glückliche Finderin wünscht nicht genannt zu sein.
Da uns eine Konkurrenzfirma die bisherige Form der Perलगabe zu stören versucht, ändern wir diese wie folgt um.
Diejenigen 5 Personen, erhalten je eine echte Perle, die uns in der Zeit vom 15. bis 30. September 1922 die meisten leeren Kaliklora-Kartons mit Kontrollstreifen einsenden. 2 halbe gleich 1 ganzen.
Von unserer Jubiläumsgabe für die Freunde der Zahnpasta

25. Jahrgang
Quelle & Co.
G. m. b. H.
Hamburg 19.

